



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

67 (10.2.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-140076](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-140076)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (Mannheimer Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gleichenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

70 Pfennig monatlich, Einzelnummern 2 Pfennig, durch die Post bez. incl. Postzuschlag M. 2.43 pro Quartal, Einzel-Nummer 2 Pfennig.

Inserate:

Die Colonnen-Zeile . . . 25 Pfennig, Kurzfristige Inserate . . . 30, Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Nr. 67.

Donnerstag, 10. Februar 1910.

(Abendblatt.)

Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen.

Von Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstags.

Durch die Entscheidung des Reichstags, mit welcher er dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt, den Vereinigten Staaten von Nordamerika unseren Vertragstarif ganz oder teilweise einzuräumen, sind die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und uns auf eine neue Basis gestellt worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ermächtigung, die der Reichstag dem Bundesrat gab, mit großer Beschleunigung zu einem Abkommen führen wird, durch das dem Deutschen Reich die amerikanische Minimaltarif sowie einige Vergünstigungen in Bezug auf Zollabfertigung der Waren gewährt werden. Keine Freude wird dieser Handelsvertrag aber wohl auf keiner Seite auslösen, wenn auch dieses Abkommen wünschenswerter erscheint als ein Zollkrieg zwischen beiden Ländern. An sich erscheint ja unsere Position gegenüber den Vereinigten Staaten als eine günstigere. Der Handelsverkehr zwischen den beiden großen Wirtschaftsgemeinschaften erreichte in den letzten Jahren beinahe die Höhe von 2 Milliarden Mark. Davon kommen auf die Ausfuhr Amerikas nach Deutschland über 1800 Millionen Mark, auf die Ausfuhr des Deutschen Reichs nach den Vereinigten Staaten 5—600 Millionen Mark. Wenn man aber bedenkt, daß mehr als 58 Prozent dieser amerikanischen Einfuhr auf Rohstoffe entfallen, die bei uns frei eingeht, weil wir hier für unsere deutsche verarbeitende Industrie bedürfen, so sinkt schon dadurch die Waage zugunsten der Vereinigten Staaten, und wenn auch der Artikel diese bleiben, die bei einem etwa ausbrechenden Zollkrieg durch Verwendung der gegenseitigen Maximaltarife die amerikanische Industrie schwer schädigen würden, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß auch die deutsche Industrie hierbei in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen würde, die für einige Industriezweige verhängnisvoll werden könnte. Bei einer Besprechung über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen, die von einer großen Anzahl industrieller Firmen im November vorigen Jahres veranstaltet wurde, war man darüber klar, daß bei Anwendung des amerikanischen Maximaltarifs die deutsche Ausfuhr auf einen Bruchteil des bisherigen Standes herabsinken könnte; daß insbesondere in großen Industriegebieten wie Thüringen, Sachsen, Württemberg, Ostpreußen usw. der Zollkrieg außergewöhnlich schwere Wunden schlagen könnte. Ist doch das Königreich Sachsen beispielsweise mit etwa 25 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr nach Amerika beteiligt und haben doch schon die früheren Zollserhebungen der Union die Entwicklung derjenigen Industriebezirke gestoppt, die vorzugsweise auf den Export nach den Vereinigten Staaten angewiesen waren. Ein warnendes Zeichen für jeden deutschen Kaufmann und Industriellen, sich nicht für Gedeih und Verderb auf den Export nach einem einzelnen Land einzurichten, damit er nicht das Opfer eines allgemeinen Interesses einmal notwendigen Zollkrieges werde.

Betrachtet man die Tendenz des neuen amerikanischen Tarifs unter allgemeinen Gesichtspunkten, so erkennt man,

daß er der allgemeinen Entwicklung der Schutzollzölle auch seinerseits folgt. Wird doch auf Grund des neuen Zolltarifs mit einer Zolleinnahme von 320 Millionen Dollar für die Vereinigten Staaten gerechnet. Gewiß fehlt es in dem Tarif nicht an Herabsetzungen von Zöllen; große Vorteile werden der Eisen- und Stahlindustrie geboten, soweit sie Rohstoffe und halbfertige Waren herstellt, nicht minder der chemischen Industrie Deutschlands, weniger der Kleinindustrie, die zum Teil mit sehr erheblichen Erschwerungen zu rechnen hat. Im ganzen ist bei Fertigwaren nach dem Grundsatz verfahren worden, Herabsetzungen da einzutreten zu lassen, wo keine Gefahr ausländischer Einfuhr vorzuliegen scheint, Erhöhungen dagegen mit der Wirkung des Einfuhrverbotes für solche Waren, die bisher in großen Mengen nach der Union gingen. Auch soweit übrigens Erleichterungen eingetreten sind, muß es, wie u. a. der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten erklärte, abzuwarten sein, ob nicht die Erleichterungen durch die Bestimmungen über die Feststellung des Wertes wieder zunichte gemacht werden. In vielen Fällen kann überhaupt erst die Praxis Licht in die Zollveränderungen bringen, weil anscheinend absichtlich Wertzölle in bezifferte Zölle umgewandelt sind. Die amerikanische Regierung hat bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich die Erklärung abgegeben, daß sie den neuen Zolltarif in freundschaftlichem und verständlichem Sinne anwenden werde. Es wird die Aufgabe unserer diplomatischen Vertretung sein, mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß dieses Versprechen auch gehalten wird. An sich bringt die Bestimmung des Marktwertes, d. h. die Zugrundelegung des Wertes, den die verkaufte Ware in dem Verkaufslande hat, eine außerordentliche Unsicherheit in die Handelsbeziehungen hinein. Bei dem System von Wertzöllen kann der deutsche Exporteur wohl kalkulieren mit dem Wertzoll zugerechnet zu den deutschen Produktionskosten. Die Bestimmung des Marktwertes durch die Appraiser in Amerika kann — zumal die Appraiser das Recht haben, bis zu 50 Prozent Zollzuschlag für eine Ware zu erheben — zu Willkürlichkeiten aller Art führen, die jede Kalkulation über den Kauf und Verkauf verunsichern und verunsichernd sind. Entgegenwirken werden dieser etwaigen Tendenz der Appraiser allerdings die Konsumenteninteressen der amerikanischen Bevölkerung und weiterhin die Interessen der amerikanischen Importeure, die auf gute kaufmännische Beziehungen zu ihren deutschen industriellen Freunden Wert legen und auf deren Einfuhr als Amerikaner bei dem Selbstbewußtsein des Handelsstaates im Einzelfalle mehr Wert gelegt wird als auf die Bekämpfung der deutschen Exportbehörden.

Als wenig erfreulich werden weiter in der deutschen Industrie die Markierungsvorschriften beurteilt, die in dem neuen Tarifgesetz enthalten sind. Durch das Tarifgesetz wird bestimmt, daß jede Ware das Herkunftsland erkennen lasse. Das wird sich bei Massenartikeln, die in Hunderttausenden von verschiedenen Fassons hinausgeschickt werden, empfindlich bemerkbar machen und Schwierigkeiten hervorrufen. Andererseits ist es zweifelhaft, ob Amerika nicht mit diesem Gesetz dieselben für sich ungünstigen Erfahrungen macht, die England mit seinem Gesetz made in Germany gemacht hat. Man kennt in der ganzen Welt die Solidität der deutschen Waren, und deshalb kann der Stempel

der Herstellung ungewollt vielleicht gerade den Anlaß dazu geben, dasjenige einzuholen, was an sich durch die Erleichterung der Exportbedingungen unmöglich gemacht werden könnte.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 10. Februar 1910.

Gegen die sozialdemokratische Demonstrationspolitik,

die sich in Massenstreik und Straßendemonstration ausleben will, wendet sich scharf und entschieden die „National-liberale Korrespondenz“:

Wir glauben nicht, daß der allgemeine Streik sich zu der imponierenden und imposanten Demonstration auswachsen könnte, die seine Befürworter sich von ihm erhoffen. Vermutlich würden nicht einmal in Preußen alle Mäher still stehen, weil einige Korle Mäher das so wünschen. Und schließlich würde die ganze Aktion harmlos und ohne Wirkung verpuffen. Umso bedenklicher sehen wir dem auf-die-Straße-Gehen gegenüber. Es ist immer dieselbe Geschichte (der Abg. Wolfgang Heine hat's der verehrlichen Genossenschaft bereits vor Jahr und Tag, wie uns scheinen will, in vorbildlicher Weise auseinandergesetzt): wer sich auf die Straße begibt, der nimmt damit eine Sache auf, von der er den Anfang zwar, nicht aber das Ende kennt. Der verläßt die geordnete Straße und betritt ein krummes Terrain, auf dem unter Umständen Notwehr und Notrecht zur Pflicht werden können. Man kann, wenn die Angel erst aus dem Lauf ist, ihren Weg nicht bestimmen; man vermag auch die Massen nicht mehr zu zügeln; wenn man ihre Erregung auf Köpfe aufgepfeift und sie auf die Straße geführt hat, das sollten in diesen gewiß nicht erfreulichen Tagen die sozialdemokratischen Führer bedenken. Auch nicht verpassen, daß sie für die Geschichte der Massen, die ihnen blindlings vertrauen, verantwortlich bleiben. Sie sind, wo immer es zu Unruhen und Wirbeln kommen mag, die intellektuellen Urheber. Die wirklichen und in jeder Weise Schuldigen.

Auch die „Allgemeine Korrespondenz“ warnt die Sozialdemokratie mit guten Gründen vor der Inzertierung eines Massenstreiks:

Der Raschheit und die großen Unbequemlichkeiten eines Generalstreiks würden vor allen Dingen das Bürgerium in den Städten treffen, das von einem solchen Vorgehen auch großen materiellen Schaden haben würde. Nun ist aber gerade dieses Bürgerium zum großen Teile der Wahlrechtsvorlage der Regierung entgegen und wenn es auch nicht gerade das von der Sozialdemokratie verlangte Reichstagswahlrecht für Preußen haben will, so will es doch ein Wahlrecht eingeführt sehen, das in seiner Identität weit über die Vorschläge der Regierung hinausgeht. Die Sozialdemokratie würde also mit ihrer Streikidee gerade diejenigen treffen, die in der Wahlrechtsfrage bis zu einem gewissen Grade mit ihr zusammengehen. Was würde die Folge davon sein? Das liberale Bürgerium würde, wenigstens zum Teil, den durch die Finanzreform, durch die Oberbürgerliche und durch die preussische Wahlvorlage geschaffenen und verstärkten Gehens gegen sich der Rechte weniger lebhaft empfinden und nach rechts hin Orientierung finden und es wäre abdann nicht unmöglich, daß die Wahlrechtsvorlage der Regierung, die nach der gegenwärtigen Stimmung der Mehrheit des Reichstages abgelehnt werden dürfte, dann, vielleicht nur mit einigen geringwertigen Verbesserungen angepaßt, Annahme fände. Die Sozialdemokratie würde also mit dem Massenstreik die Geschäfte der Reaktion besorgen. Auch

Feuilleton.

Die Mannheimer Intendantenfrage. *)

Aus einem Gespräch mit Dr. Leo Feld.

* Wien, 8. Februar.

Gestern meldete ich Ihnen telegraphisch, daß sich unter den Kandidaten für die Mannheimer Hoftheaterintendantur auch der Wiener Schriftsteller Dr. Leo Feld befindet. Heute hatte ich Gelegenheit, ihn über seine künstlerische Absichten und Pläne zu befragen. Dr. Leo Feld gehört zu den namhaftesten literarischen Persönlichkeiten Wiens. Vor etwa 12 Jahren debütierte er sehr erfolgreich mit der Wiener Literatur-Komödie „Die Lumpen“, wofür ihm der Bauernfeldpreis zu Teil wurde. Sein Verdienstspiel, „Der Stein von Vio“, wurde bei einer vom Deutschen Volkstheater ausgeschriebenen Konkurrenz preisgekrönt. Seine, gemeinam mit Viktor Léon verfasste Komödie „Der große Name“ ist eines der stärksten Erfolge der heutigen Saison, nicht nur in Wien, auch in Berlin und anderen Städten. Namentlich dieses letzte Stück zeigt ein großes technisches Können und eine bemerkenswerte Kenntnis der Bühne und des Publikums. Diese wertvollen Theaterigenschaften hat Feld auch als Regisseur und Ar-

tist befunden und namentlich in seinen dramaturgischen Vorlesungen, die er seit einer Reihe von Jahren hier hält.

Es wird für das Mannheimer Publikum von Interesse sein, die künstlerischen Anschauungen dieses Intendantenkandidaten kennen zu lernen und es soll also aus dem anregenden Gespräch mit Dr. Leo Feld einiges wiedergegeben werden. Meine Frage, ob die Nachricht von seiner Kandidatur auf Wahrheit beruhe, beantwortete Dr. Feld in seiner lebhaften Weise:

„Ja, die Nachricht stimmt. Ich bin der Aufforderung einiger Mannheimer Kunstfreunde gefolgt und habe meine Kandidatur angemeldet.“

„Wollen Sie sich also von jeder literarischen Tätigkeit, die Ihnen doch gerade heute einen so großen Bühnenerfolg gebracht hat, zurückziehen?“

„Ich habe eigentlich darüber noch gar nicht nachgedacht. Ich weiß nur, daß ich mich noch schöpferischer, umfassender Theaterarbeit lebne, daß ich künstlerische Entwürfe und Pläne, die mich seit Jahren beschäftigen, endlich in wirkliche Tat umsetzen will. Denn ich weiß, was immer ich bisher gearbeitet — als Literarhistoriker, als dramatischer Autor, als Kritiker usw., und wie die Couloirs alle heigen mögen, die um das Theater herumfahren — die tiefste und härteste Schweißarbeit habe ich doch immer nur empfunden, wenn ich auf der Bühne selbst tätig sein konnte. So vielfältig meine Arbeit auch bisher war, sie hatte doch immer nur eine Tendenz: die zur lebendigen Wirklichkeit auf der Bühne.“

„Sie waren ja auch bereits wiederholt als Regisseur tätig?“

„Gewiß. In mehreren Engagements. Ich habe auch meine Stücke sehr oft selbst inszeniert und habe den tätigen und unmittelbaren Zusammenhang mit dem Theater niemals verloren. Ich bringe also auch das Stück Routine mit, das ein Theatermann nun einmal haben muß. Schon aus inneren Gründen haben muß! Denn die volle Beherrschung des technischen Materials steigert das Erfindungsvermögen. Man ist als Regisseur

nicht nur hilflos, man ist innerlich auch viel ärmer, wenn man nicht alle technischen Kräfte des Theaters in ihrem innersten Wesen kennt und zu verwerten weiß.“

„Sie betrachten also Ihre bisherige Tätigkeit gewissermaßen nur als Vorbereitung für eine leitende Theaterstellung?“

„Eigentlich ja. Ich komme mir vor wie ein Mann, der die Pläne zu einem Haus fertig hat, der das Baumaterial und die Bauleute schon bereit hat — und der jetzt endlich einmal bauen möchte. In dem Geiste bauen möchte, der ihm innerlich Bedürfnis geworden. Und dazu fehlt ihm eigentlich nichts mehr als der Platz.“

„Und diesen Platz soll Ihnen also das Mannheimer Hoftheater bieten?“

„Ich würde es gewiß als ein großes persönliches Glück betrachten, wenn das meine künstlerische Bestimmung wäre. Mannheim — die Stadt, wo Männer heimisch sind“, wie sie Richard Wagner einmal definierte; und vor allem: Männer der Kunst heimisch sind! Eine Stadt, deren künstlerische Vergangenheit so leuchtend ist, daß jeder Gymnasiast von ihr zu berichten weiß; und deren künstlerische Gegenwart so wirksam, daß jeder moderne Theatermann in ihr jubeln muß. Haben doch noch in den letzten Jahren die Regiegeschöpfungen Dagemanns das intensive Interesse aller deutschen Theaterkreise wachgerufen. Mannheim — auf einem solchen Boden wirkt man nicht voranschreitungslos, zusammenhanglos, hier steht es fortzuehen und weiter bauen.“

„Kommen Sie mit einem bestimmten Programm?“

„Gewiß, d. h. mit einer in allen Teilen wohl erwogenen künstlerischen Gestaltung und Aufzeichnung.“

„Haben Sie auch einzelne bestimmte künstlerische Absichten, die Sie in Mannheim verwirklichen wollen?“

„Natürlich habe ich die! Aber es wäre zwecklos, jetzt und hier darüber sprechen zu wollen. Alle solchen Pläne müssen ja den tatsächlichen lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen, wenn man

abgesehen von der Streikbewegung aber ist ihr Verhalten in diesen Tagen wohl geeignet, das Bürgertum ruhig zu machen. Wie haben selbst scharf und nachdrücklich gegen die preussische Wahlrechtsvorlage Stellung genommen und man kann der Sozialdemokratie selbstverständlich eine noch viel schärfere Tonart wohl zugute halten. Die sozialdemokratische Presse begnügt sich aber nicht mit einer nachdrücklichen Abwehr, sondern sie gefällt sich in allerhand dunklen Drohungen. So schreibt die „Wanderer Zeitung“, der Kampf werde unter umfassender Anwendung der schärfsten Mittel zu führen sein. Die „Wanderer Volksztg.“ sagt, die preussische Regierung wolle die Entschieden zur Siegesbahn treiben, sie wolle Empörung und Unruhe zu verzweifelteren Taten entfesseln. Gewiß hat die preussische Regierung mit ihrer Vorlage wenig Ruh gegenüber der herrschenden konservativen Partei bewiesen, andererseits hätte der Entwurf eine andere Gestalt erhalten. Aber trotzdem dem Kampf an Energie und dem verbroderlichten Willen, das Volk zu verzweifelteren Taten treiben zu wollen, um denn ein großes Unheil abzuwenden, ist denn doch ein himmelweiter Unterschied. Dieser völkerverhetzende Wille dürfte viel eher bei denen zu finden sein, welche die Klassen durch herabwürdige exaltierte Redensarten aufregen und die immer wieder Straßendemonstrationen veranstalten, deren harmloser Ausgang nicht sicher ist. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Monaten politische Erfolge errungen und weitere Siege dieser Partei dürften bevorstehen. Wenn sie aber in so gewaltsamer Weise den Bogen überbäumt, so wird sie damit nicht nur dem Kampf gegen die Reaktion Abbruch tun, sondern sie wird sich selbst schädigen.

Zur Charakteristik des Deutschen Kaisers.

Aus einer Schrift von Karl Scheffler über den Charakter des deutschen Kaisers teilt die „Köln. Volksztg.“ einige geistreiche und originelle Stellen mit, die auch hier wiedergegeben seien. Scheffler schildert den Kaiser als „Großhärtiger auf dem Throne“ und „amerikanisch“ veranlagt, was er in folgender Weise begründet:

Wie die Bevölkerung (Berlins) in den ersten Jahrzehnten des Stadtbereichs determinierend auf ihr Fortschreiten gerichtet hat, so hat sich auch jetzt wieder der Träger der Krone dem Willen des neuen Berlin nicht entziehen können. Die Atmosphäre, worin die dem Reichs- und Großstadtkaiserthum verfallene Menge lebt, ist auch im Kaiserthum geduldet. Waren die Hohenzollern, wie die Einwohner ihrer Stammland, einmüßig Krieger und Kolonialisten, so nimmt Wilhelm II. Regierungsdauer mit dem Geiste des neuen Berlin infolge über, als auch sie das Produkt eines noch andern Wohlgefühls und eines materialistisch denkenden Milieuismus ist.

Der Industriekaiser, der Großhärtiger auf dem Thron ist Wilhelm II. geworden. Er hat sich der Weltanschauung nicht mehr anpassen können, und hat es auch nicht wollen. In Wilhelm I. der Herrscher einer Zeit gewesen, in der die Feete zu ihren unerbittlichen Siegen tüchtig gemacht wurden und in der alles Wollen national erregt worden ist, in einer Zeit, die mit fast bewundernswürdiger Kraft die letzten Konsequenzen aus den Entdeckungen der natürlichen Wissenschaften gezogen und alle Kräfte einer einzigen, großen geschäftlichen Aufgabe dienstbar gemacht hat, so ist der Enkel dieses Fürsten ein Kaiser derer geworden, die von dieser großen nationalen Arbeit den Nutzen haben. Ein Kaiser über die Ruhe einer großen Zeit des sich bereichernden Bürgerthums, einer alles nützlichenden, materialistischen Mittelschichtbildung; ein Fürst der Quantitäten, ein Herrscher über ein Emporkömmlinggeschlecht. Auch in sein Wesen ist durchaus etwas Unternehmerrhaftes gekommen. In seiner Imperatorgebäude ist etwas Traditionsloses, seiner Repräsentationsart fehlt die Würde und dann der sichere Geschmack, sein Temperament ist das eines Großadmirals. Die Zeit, die unsichtbare Nähe des Willens der Großstadtbildung hat Wilhelm II. zu seinen Auffassungen förmlich gezwungen. Sie wollte einen durch Kräfteleistungen hervortretenden Repräsentanten. Die neue Reichshauptstadt verlangte, in demselben Maße, wie sie sich am Materialismus der Zeit begeisterte, materialistisches Wollen auch von dem in ihren Mauern residierenden ersten Reichsfürsten. Und der Kaiser magte dieser Zeitforderung umso mehr nachgeben, als er eine von den Stimmungen der Gegenwart abhängige Natur ist.

Seine Gestalt gehört darum durchaus in ein Bild des neuen Berlin. Er hat denselben nervös rastlosen Tätigkeitstrieb wie der moderne Berliner, dieselbe Unternehmungslust, denselben Optimismus und Materialismus; gleiche Genügsamkeit hat er und Repräsentationstrieb und in Gesinnungsfragen dieselbe Unflexibilität. Derselbe Trieb, der aus dem Bürgerthum einen imitierten Kaiser gemacht hat, emuliert im Kaiser den Ehrgeiz, aus dem formlosen höchsten Berlin mit Mitteln des Schwerts und eines toten Akademismus die „schöne Stadt der Welt“ zu machen. Er ist einer geschichtlichen Laufbahn verfallen, in einer Zeit, wo die Welt im Entzweiung ist, wie nie zuvor; der Initiative dieses Kaisers verdankt das neue Berlin den Dom und das Kaiser Friedrich-Denkmal, die Bibliothek und den schimmern Plan eines neuen Opernhauses, das Kaiser Wilhelm-Denkmal, die Denkmale der Siegesallee, des Brand-

lebendige Theaterarbeit und nicht dogmatische Theoretisiererei treffen will. Das entscheidende Programm ist die künstlerische Befestigung, mit der man an die Arbeit geht. Eine Befestigung, die praktischen und theoretischen Vorarbeiten erwachsen ist und in deren Rahmen die einzelnen Aufgaben des Theaters zu lösen sind. Was ich will, das ist kurz in eine Formel gebracht: die große umfassende Tendenz, die Laube feinerzeit in das Burgtheater trag, zum Grundgesetz meiner Theateraufführung zu machen. Das war der erste, der einer Hofbühne die Aufgabe gab, ein Spiegel der dramatischen Weltliteratur zu sein.

„Das heißt also, ein möglichst vielfältiges Repertoire?“
 „Es heißt ein systematisch geordnetes Repertoire, ein Repertoire, das auf der Basis eines historisch geschulten Geschmacks ruht, ein Repertoire, das es als oberste Pflicht erkennt, die große Kunst der Vergangenheit als unerschöpflichen Besitz lebendig zu erhalten — dadurch lebendig zu erhalten, daß man sie durch modern empfindende, berinnernde Inszenierung dem Kunstgeschmack unserer Tage nahe bringt — ein Repertoire, das aber zunächst in der künstlerischen Produktion unserer Zeit wurzeln muß. Das Theater von Heute ist eine Stätte der Kunst von Heute. Aber auch hier muß man ein System festhalten. Es müssen die charakteristischen Schöpfungen unserer Zeit dem Spielplan eingefügt werden, nicht in unbedenklicher Wahl, sondern von der Absicht geführt, das Repertoire zu einem umfassenden Bild aller repräsentativen Persönlichkeiten zu erheben.“

„Aber dazu sind ja Jahre nötig?“
 „Natürlich. Aber die jahrelange Arbeit soll von einem systematischen Plan beherrscht werden. Es ist nicht nötig, daß man alle Werke eines Dichters in dem Spielplan aufnimmt; aber es ist nötig, daß jeder bedeutende moderne Dichter mit einem Werk im Spielplan vertreten ist.“

„Und die Rollen?“
 „Das ist selbstverständlich! Was der Tag an nennenswerten, interessanten Erscheinungen bringt, darf man seinem Publikum nicht vorenthalten.“

„Wie bewilligen Sie über das „leichte Genre“?“

denburger Tones, des großen Sterns und vieles andere noch, das vom kulturellen Geiste der neuen Zeit auf lange hinaus Kunde geben wird.

Da die Sozialisten die Grundbedingungen aber zu gleicher Zeit in der Natur Wilhelms II. nachwirken und da dieser durch sich darum als Soldat nicht, wo seine Intuition doch mehr der großstädtischen Bourgeoisie gehören, so entstehen Wirkungen höchst seltsamer und unerwarteter Art. Weil Wilhelm II. nämlich an seinem Hofe das aristokratische Prinzip behauptet, sich mit dem Adel umgibt und in einem vorwiegend militärischen Milieu lebt, während er doch zugleich wie ein Großstadtbürger empfindet, trägt er, kraft seines Willens, die unersättliche Zeitstimmung in Kreise auch hinein, die bisher an weiten davon verachtet gehalten sind. Wir sehen Fürst und Volk gleichmäßig an dem Demokratisierungs- und Materialisierungsprozess arbeiten, sehen alle Teile der Großstadtbewölkerung bis hinauf zum ersten Hirschen mehr oder weniger dem Amerikanismus unterliegen.

Der katholische Volksverein und die „Kreuzzeitung“.

Gelegentlich der Nachricht, daß die Danziger Polizei der Schatzmannschaft den Beitritt zum katholischen Volksverein als einem politischen Verein verboten hat, bricht die „Kreuzztg.“ (Nr. 62) eine Lanze für den unpolitischen Charakter dieses Vereins. Sie läßt sich aus Danzig schreiben, daß der Volksverein ein katholischer Bildungsverein sei und sich nur vom Standpunkt des katholischen Bekenntnisses, nicht aber vom Standpunkt irgend einer politischen Partei mit öffentlichen Fragen befaße. Man trägt Enten nach Athen, wenn man dem gegenüber erst noch beweisen soll, daß der katholische Volksverein tatsächlich ein Unternehmen ist, in dem Zentrumspolitik getrieben wird. In Dutzend Malen haben das die Blätter der national-katholischen „Deutschen Vereinigung“ nachgewiesen. Und wenn man das letzte Protokollverzeichniß des katholischen Volksvereines, wie es die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht hat, durchmustert, so findet man, daß jeder dritte und vierte Vortrag über Reichsfinanzreform gehalten worden ist. Ein einzelnes Beispiel, wie im katholischen Volksverein vom Standpunkt des katholischen Bekenntnisses auf diese Frage behandelt zu werden pflegt, bietet der Vortrag, den Reichstagsabg. Dr. Pfeiffer am „Vollsonntag“ 1908 im Dresdener Volksverein gehalten hat. Er übte damals ähndende Kritik an den vermeintlich bevorstehenden Blockpartei und behandelte im einzelnen, Restauration, Schnaps- und Junggefellentheur. Seine erbauliche Rede gipfelte in einer flammenden Philippika gegen die Blockpartei, die er unter jubelnder Zustimmung eine „Emulsion von Schmierseife und Petroleum“ nannte. Das ist der Ton, den ein literarisch führender Zentrumsabgeordneter in dem „katholischen Bildungsverein“ anschlagen pflegt. Im übrigen scheint selbst die bayerische Regierung den katholischen Volksverein anders zu bewerten, als es die „Kreuzztg.“ tut. Wenigstens klagt die „Köln. Volksztg.“, daß auch die bayerische Bureaukratie leider vielfach auf dem rückwärtigen Standpunkt des Danziger Polizeipräsidenten stehe.

Deutsches Reich.

— Fortfall des einjährig-freiwilligen Dienstes? Die Einrichtung des einjährig-freiwilligen Dienstes hat in der letzten Zeit vielfach Benachteiligung gefunden, ja man hat die scharfe Forderung aufgestellt, sie ganz abzuschaffen und gleiche Dienstpflicht für alle einzuführen. Wie die „Allgemeine Armeekorrespondenz“ hört, wird diese Frage auch demnächst im Reichstoge zur Sprache gebracht werden. Man führt gegen den einjährig-freiwilligen Dienst an, daß er eine Bevorzugung der sozial begünstigsten Stände bedeutet, die mit dem Grundsatz der allgemeinen und gleichen Wehrpflicht nicht mehr recht in Einklang zu bringen ist. Dazu kommen manche Auswüchse, die in jüngster Zeit hervorgetreten sein sollen, namentlich weitgehende Verwundungslust und gewisse Ausschreitungen bei einzelnen Regimentern. — Die „Allgem. Armeekorrespondenz“ will von dem Fortfall des einjährig-freiwilligen Dienstes nichts wissen. Die Gesamtmeinung sei gut und müsse erhalten bleiben.

— Raumann und die preussische Wahlrechtsvorlage. In der neuesten Nummer der „Mitt.“ bespricht Raumann die Wahlrechtsvorlage. Besonders beachtenswert erscheint uns, was er über die beabsichtigte Sinausschiebung bevorzugter Personen sagt. Er zählt die Personen, die

„Ich habe es für gebantenlose Kosten-Einsparigkeit, wenn man dieses sogenannte „leichte Genre“ mit einer geringfügigen Handbewegung abtun will. Zunächst: man kann in die Wiederkehr dieses „leichten Genres“ einen sehr subtilen, künstlerischen Geschmack tragen, der seine Wirkung nur erhebt. Und dann: für den, dessen Gehalt dieses „leichte Genre“ trifft, bedeutet es dieselbe feste Erhebung einiger Stunden wie für uns eine Auführung des „Tasso“ oder der „Meisterfingern“. Die Operette hat somit zweifellos eine soziale Funktion. Und wenn der eine seinen Anspruch auf die „Meisterfingern“ erhebt, so darf der andere auch schließlich seine „Dollarsprinzessin“ verlangen. Solche Verhältnisse hat ein lebendiges Theater zu bedenken.“

„Da Sie von den „Meisterfingern“ sprechen — wie stellen Sie sich zur Oper?“

„Auf diesem Gebiete hoffe ich wirklich etwas Neues und Fruchtbares leisten zu können! Denn unsere ganze heutige Opernregie beruht doch mit wenigen Ausnahmen nur auf routinierter äußerlicher Bühnenvorbereitung. Der Operntexte würde ich mich mit einem geraden leidenschaftlichen Interesse widmen, denn das ist eine ganz junge Kunst; da gibt's noch Neuland! Und wenn man wie wir sehr Jahre Kabler und Koller erlebt hat, dann hat man Impulse empfangen, die ein ganzes Leben formieren.“

„Also Regie des Schauspielers und der Oper —? Da hätten Sie wohl alle Hände voll zu tun!“

„O ja! Die Welt würde mir in Mannheim nicht lange werden — hoffentlich den Mannheimern auch nicht.“

Buntes Feuilleton.

— Ein wichtiger Fund in Florenz. In dem weltbekanntesten palazzo vecchio ist soeben ein interessanter Fund gemacht worden. Unter dem salone dei Dugento, den die meisten Besucher des Palazzo kennen, befindet sich ein Saal, der ehemals „sala del popolo“ hieß, seit langer Zeit aber durch Zwischenwände in einzelne Zimmer geteilt war, die verschiedenen städtischen Behörden, dem Hygienicum und Wasseramt sowie der städtischen Gewer-

hin aufgeschoben werden sollen, auf und fuhel dann aus? Das heißt mit andern Worten: Unterbeamte und Gemeinde-Angestellte mit Militäreigenschaften werden dem plebejischen Haufen entnommen. Man nimmt an, daß sie im Sinne der Regierung wählen werden. Wenn sie es nicht tun, so geht es ihnen „im Interesse des Diensts“ wie dem Beamten in Kattowitz. Zum Geldwahlrecht tritt das Beamtenwahlrecht hinzu: das ist die neue Idee des neuen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg. Dem Ranne, der diesen Entwurf einbringt, sind die größten Befugnisse im Deutschen Reich und in Preußen übergeben! Das ist mindestens ebenso niederdrückend, wie der Entwurf selber. Staat Volksrechte zu vermehren, werden Beamtenrechte gesiebert. Der Kanzler ohne Mehrheit will sich bei den Beamten seine politische Hilfs-truppe sichern, bei denselben Beamten, über deren Gehalt und Leistung der Landtag zu entscheiden hat. So fest wir für die politische Gleichberechtigung der Beamten eintreten, und Abg. Schröder hat das noch vor wenigen Wochen in norddeutscher Weise getan, so sehr müssen wir uns dagegen verwahren, daß das Parlament einer Beamtenbewegung ausgeliefert wird. Das würde auf die Dauer den Beamten selbst nicht gut bekommen, denn sie würden als nicht mehr zum übrigen Volke gerechnet erscheinen. Sie werden einfach politische Bediente der herrschenden Macht bei öffentlicher Stim-abgabe.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 10. Februar 1910.

Bürgerausschuß-Vorlagen.

Unterbringung des Städt. Materialamts.

Gemäß Beschluß des Stadtrats vom 13. Januar soll das infolge der Reorganisation des Rechnungswesens aus dem Rechnungskontrollbureau hervorgegangene Städt. Materialamt im Erdgeschoß des städtischen Gebäudes, L 2, 9 (Grammichs Haus) untergebracht werden. Es sind hierzu die drei leerstehenden Böden an der Bahnhofsstraße nebst dem angrenzenden schmalen Raum als Bureauräume, ferner die zwei dahinterliegenden Zimmer der feiner an Frau Gutenthal vermieteten Wohnung und die Wohnung des Tischsammelmehlers als Lageräume bestimmt. Das Städtische Hochbauamt hat einen Kostenvoranschlag angefertigt, demzufolge die erforderlichen baulichen Herstellungen einen Kostenaufwand von 5800 Mark verursachen, die jetzt beim Bürgerausschuß angefordert werden. Nach der bisherigen Uebung soll die Inangriffnahme von größeren baulichen Herstellungen nicht vor Genehmigung des Budgets durch den Bürgerausschuß erfolgen. Es sind jedoch zwingende Gründe dafür vorhanden, daß die oben erwähnte Organisation des Rechnungswesens sobald wie möglich in Kraft tritt. Der Stadtrat war daher der Ansicht, daß mit dem Beginn der Herstellungsarbeiten nicht bis nach Beendigung der Budgetberatung zugewartet werden könne.

Aufkaffung eines automobilen Krankentransportwagens.

Der Krankentransportdienst ist seit dem Jahre 1902 der Berufsfeuerwehr übertragen, der zu Bewältigung der Krankentransporte zwei für Pferdebespannung eingerichtete Krankentransportwagen zur Verfügung stehen. Besonders Pferde-materiale ist für die Bespannung dieser Fahrzeuge nicht vorhanden; es werden die beiden Pferde der Berufsfeuerwehr für diesen Zweck verwendet. Diese Einrichtung hat den Nachteil, daß jeweils nur ein Wagen in Dienst gestellt werden kann. Noch ungünstiger gestalten sich die Verhältnisse, wenn ein Pferd der Berufsfeuerwehr erkrankt und dienstunbrauchbar wird. Erfolgt in einem solchen Falle die Bestellung des Krankentransportwagens während der Bespannung eines Brandes, so kann der Krankentransport entweder garnicht oder doch nur mit teilweise großer Verzögerung nach Unterdrückung des Brandes ausgeführt werden; andernfalls kann, wenn während des Krankentransportes ein Feuer ausbricht, die Berufsfeuerwehr nur mit einem Wagen anrücken, da zur Bespannung der beiden Feuerwehrfahrzeuge vier Pferde notwendig sind. Nach den bisher gemachten Erfahrungen erscheint es bei der von Jahr zu Jahr sich steigenden Inanspruchnahme der Wagen im Interesse eines geordneten Krankentransportdienstes dringend notwendig, daß zwei Wagen vorhanden sind, von denen wenigstens einer unabhängig von allen Zwischenfällen, wie sie der Pferdebetrieb mit sich bringt, jederzeit in Betrieb gesetzt werden kann. Es wurde daher die Beschaffung eines automobilen Krankentransportwagens in Anregung gebracht. Der Stadtrat hat die Notwendigkeit der Beschaffung eines automobilen

merie als Bureau dienten. Um den alten Saal in seiner ganzen Größe wiederherzustellen, wurden nun dieser Tage die Zwischenwände niedergebrosen, und bei dieser Gelegenheit kam ein bisher unbekanntes Geheimnis zum Vorschein, das ein wirkliches Archiv enthielt. Sieben hundert Bände kamen ans Licht; die jüngsten stammen aus dem Jahre 1856, die ältesten gehen auf das Jahr 1809 zurück, in dem die florentinische Republik fiel. Außerdem wurden eine Menge diplomatische Akten gefunden, die das Siegel des Kardinals Hyppolit Noddi tragen; sie gewähren interessanten Einblick in die Beziehungen zwischen Florenz und Deutschland und beschließen den italienischen Städten. Der ganze kostbare Fund wurde zum Zweck der Veröffentlichung einer Kommission übergeben.

— Die Ursachen der englischen Krankheit. Ueber das Entstehen der englischen Krankheit herrschen die verschiedensten Theorien. Es wird von vielen Seiten angenommen, daß die Erkrankung einen wesentlichen Faktor beim Zustandekommen dieser vielverbreiteten Kinderkrankheit darstelle, doch konnte der experimentelle Beweis dafür bisher noch nicht erbracht werden. Der englische Arzt Finkler hat nun Untersuchungen angestellt, die diese wichtige Frage vollständig der Lösung näher bringen. Es gelang ihm bei seinen Untersuchungen an jungen Hunden durch Behinderung an der notwendigen Bewegung ausnahmslos rechtliche Veränderungen hervor-zurufen, trotzdem die Tiere ordentlich ernährt wurden und sich unter den gleichen günstigen hygienischen Bedingungen befanden wie andere junge Hunde, die man zum Vergleich heranzog. Auch bei Kindern mit der englischen Krankheit scheint nach Finkler der Mangel an Bewegung eine Hauptursache für die Entstehung der Krankheit zu sein. Deshalb ihr Mütter, bindet und wickelt eure Sproßlinge nicht so barbarisch, daß sie sich kaum rühren können, laßt ihnen Bewegungsfreiheit, laßt sie im milden Sonnenlicht im Zimmer mit entkülligten Beinen hin und laßt sie rechtlich mit ihren garten Spielzeugen trampeln.

— Ein glücklicher Gefinder. In Neumünster erkrankte der Kaiserliche Reinspazier eine Vorrückung, die die Eisenbahnbeamten der Bemühung überhebt, beim Zusammenstoßen und Klappen der Wagen in das Geis zu treten, wodurch Unglücksfälle vermieden werden. Die preussische Eisenbahnbetriebsverwaltung schloß für die Befreiung 120 000 Mark.

Krankentransportwagen einstimmig anerkannt und sich in seiner Sitzung vom 22. Juli v. J. für die Anschaffung eines solchen ausgesprochen. Hinsichtlich des Wagenbaus glaubte der Stadtrat anfanglich dem elektrischen Antrieb den Vorzug geben zu sollen. Inzwischen war aber die am hiesigen Plage ansässige Automobilfabrik vorzüglich geworden mit der Bitte, es möge für den zu beschaffenden Krankentransportwagen ein Benzinautomobil gewählt werden. Die Firma wies darauf hin, daß die dem Elektromobil nachgerühmten Vorteile — ruhiges Fahren und höchste Betriebssicherheit — bei den Benzinwagen neuesten Typs in dem gleichen Maße vorhanden seien, daß aber der Benzinwagen den Vorteil habe, unbegrenzte Entfernungen fahren zu können, während das Elektromobil an den mitgeführten Strom gebunden sei. Der Direktor der hiesigen Krankentransportanstalt hat hierauf Erhebungen darüber eingezogen, welchem System nach den bisherigen Erfahrungen der Vorzug zu geben sei. Die beim Krankentransport eingelaufenen Antworten lauten dahin, daß beide Systeme indessen auf die Transportwirkung gleichwertig seien. Bezüglich der Unterhaltungskosten gehen die Ansichten auseinander. Die Sanitätskolonne München äußert sich dahin, daß der elektrische Betrieb billiger sei als der Benzinbetrieb; die in Frankfurt a. M. gemachten Erfahrungen gehen dahin, daß die Unterhaltungskosten beim Elektromobil bedeutend höher seien als bei den mit Benzin betriebenen Wagen. Ueber die Transportwirkung beim Benzinwagen äußert sich der Herr Krankentransportdirektor aufgrund der von ihm gemachten Beobachtungen dahin, daß im Vergleich zu den unvermeidlichen Stößen und Schwankungen des federnden Wagens, die durch die Unebenheiten der Straße und des Pflasters bedingt werden, Erleichterungen des Automobils durch den Benzinmotor, nicht in Betracht kommen; er habe daher keine Veranlassung, Bedenken gegen die Verwendung eines Benzinautomobils zum Krankentransport zu erheben. Der Stadtrat hat sich auf diese Ausführungen mit großer Majorität für die Anschaffung eines mit Benzinmotor ausgestatteten Krankentransportwagens ausgesprochen. Die Anschaffungskosten für einen solchen Wagen einschl. Zubehör, die jetzt beim Bürgerausschuß angefordert werden, betragen M. 18 500.

Erwerbung und Verpachtung von Liegenschaften.

Für die Stadtgemeinde Mannheim wurden teils aus freier Hand, teils in öffentlicher Versteigerung, 19 Liegenschaften zum Gesamtpreise von 160 034 M. auf der alten Gemarkung Mannheim, auf der ehemaligen Gemarkung Räfertal und Redoran und auf der Gemarkung Redoran, zusammen 491 Ar, erworben. Der Preis für den Quadratmeter schwankt zwischen 58 Pf. und 775 M. Vier Verkäufer wollen die veräußerten Grundstücke rüden. Beim Bürgerausschuß werden zur Erwerbung der Grundstücke 160 000 M. angefordert.

Personalnachrichten aus dem Oberprokurationsbezirk Karlsruhe. Ernennung zu Volkschreibern: die Volkshilfen Emil Brühlwiler in Baden-Baden-Vielbrunn, Adam Eder in Altheim, Robert Dacht in Rappelsdorf, Franz Doffmann in Rorbach, Friedrich Kammer in Oberbuden, Adolf Verth in Waghäusel, Adolf Schütz in Heiligen, Michael Weislogel in Luppheim. — Verlegt: die Volkschreibern: Adrien Cuhagi von Mannheim nach Friedrichsfeld, Robert Geiger von Karlsruhe nach Brühl, Otto Dänhner von Mannheim nach Rorf, Wilhelm Deckmann in Mannheim nach Redargemünd, Wilhelm Juhl von Mannheim nach Karlsruhe, Heinrich Kern von Heilbronn nach Mannheim, Peter Ledmann von Karlsruhe nach Müllingen, Hubert Müller von Karlsruhe nach Turlach, Wilhelm Popp von Karlsruhe nach Wertheim, Josef Ross von Karlsruhe nach Pflanzheim, Gerhard Sattelmayer von Adelsheim nach Garsheim, Adolf Selter von Mannheim nach Hammelst., Leo Jörn von Karlsruhe nach Röhrl; die Telegraphenassistenten: Karl Fittus von Mannheim nach Karlsruhe, Anton Kraus von Karlsruhe nach Mannheim.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am nächsten Sonntag in Wallstadt Herr Kammerherr Noel Loh mit seiner Ehefrau Anna Maria geb. Schuberl. Die beiden 77 Jahre alten Eheleute sind noch sehr rüstig.

Lotterienegenehmigung. Die Zahl der zum Vertrieb im Großherzogtum Baden zugelassenen Lose der dritten und vierten Serie der Goldlotterie zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg wurde um je 10 000 auf insgesamt 30 000 Stück erhöht. — Der königlichen Kommission für Lotterien zu Berlin wurde der Vertrieb von Lose der 2. bisherigen Serie ihrer Lotterie im Gebiete des Großherzogtums Baden gestattet.

Angekauftene Geld. Es wurden aufgefunden: am 15. Dez. 1909 im Zug 1744 der Betrag von 20 M., abgeliefert in 3 m. e. d. i. n. g. am 26. Dezember 1909 im Zug 971 ein Geldbeutel mit 11 M. 65 Pf., abgeliefert in Freiburg Hauptbahnhof; am 29. Dezember 1909 auf dem Bahnhof in Dinschingen ein Geldbeutel mit 10 M.; am 2. Januar 1910 auf dem Bahnhof in Rheinau der Betrag von 5 M.; am 5. Januar 1910 im Zug 971 ein Geldbeutel mit 4 M. 27 Pf., abgeliefert in Freiburg Hauptbahnhof; am 6. Januar 1910 auf dem Bahnhof in Heidelberg Hauptbahnhof, der Betrag von 10 M.; am 12. Januar 1910 im Zug 1644 ein Geldbeutel mit 4 M. 49 Pf., abgeliefert in Konstantz; am 17. Januar 1910 auf dem Bahnhof in Oberbuden der Betrag von 10 M.; am 18. Januar auf dem Bahnhof in Mannheim Hauptbahnhof, der Betrag von 10 Mark; am 20. Januar 1910 im Zug 3128 ein Geldbeutel mit 2 M. 35 Pf., abgeliefert in Heidelberg Hauptbahnhof; am 22. Januar 1910 auf dem Bahnhof in Bahl. B. ein Geldbeutel mit 3 M. 84 Pf.

Das in diesem Jahre sehr früh fallende Osterfest, das auch eine zeitigere Schulanfänger mit sich bringt, zwingt die Eltern rascher als sonst ihre Anschlüsse über die Berufswahl ihrer Kinder zu fassen. Für die Ausbildung der Mädchen bietet ihnen der hiesige Frauenverein in seiner Abteilung VII eine gute Hilfe. Schon seit Jahren bildet diese Abteilung junge schulentlassene Mädchen der geeigneten Lehrfrauen im hauswirtschaftlichen Berufe aus. Die bisher erzielten Erfolge lassen deutlich erkennen, daß der Verein auf dem richtigen Wege ist. Es kann deshalb den Eltern junger Mädchen die Lust zur Hauswirtschaft haben, nur geraten werden, ihre Töchter der Fürsorge des Frauenvereins anzuvertrauen, umso mehr, als sich die Abteilung VII nicht nur auf die Heberziehung der Auszubildenden beschränkt, sondern in jeder Beziehung für das körperliche und geistige Wohl ihrer Jüngerinnen zu sorgen sucht. Ihren ausgezeichneten Lehrmädchen verschafft die Abteilung VII durch die im letzten Jahre angebotene Stellenermittlung auch weiterhin passende Stellen. Eltern und Lehrfrauen die sich auf Opfern der Vermittlung des Frauenvereins bedienen wollen, finden Räuber in der in diesem Blatte erscheinenden Anzeige.

Großherzog und Karmel. Das hiesige Großherzogspaar beteiligte sich in Mainz auf das lebhafteste an der Besetzung und der Großherzog bekam einige Pfeifchen an den Kopf, wozu er aber auch manden Kopf mit seinen Ohren traf. Er mußte offenbar nicht, daß das — politisch verboten ist!

Karneval im Schauspiel. Der Clown des hiesigen Wälders Holzmühlens war der an den Abendessen höchst originell butzgefähte närrische „Schauspielerdelarationsmeisterbener“. Wie für einen Zug geeigneten Ideen waren diesmal in die Schauläden der Stadt verlegt. Fast alle großen Geschäfte haben sich beteiligt. Man hat sogar einen Katalog gedruckt, der verheiden Abbild fand. Alle Karnevalskostüme waren verzeichnet. Da fand man die Entdeckung des Nordpols nach Cool, die Nordpolexpedition Jepsens, den Kampf gegen

die Schandliteratur, den Abelenkenschah, ferner eine Reihe isolierter Anspielungen. Die Verächtlichung der Riden durch die Elfer der „Karkolla“, durch Prinzengarde, Klappergarde war der Abschluß des offiziellen Treibens.

Mausoleum und Denkmal für Heinrich Lang. Des Gründers der Firma Heinrich Lang wird anlässlich der goldenen Jubelfeier in doppelter Weise gedacht, durch Errichtung eines Mausoleums auf dem Friedhofe und eines Denkmals im Fabrikhofe. Berliner Blätter veröffentlichten darüber folgende Einzelheiten: Ein monumentales Mausoleum für Heinrich Lang, den verstorbenen Begründer der Mannheimer Maschinenfabrik, hat der Bildhauer Prof. August Kraus in Berlin geschaffen. Das Werk, das für den Mannheimer Friedhof bestimmt und nahezu vollendet ist, soll im März seine Weihe erhalten; um dieselbe Zeit wird ein Denkmal für Seb. Kommerzienrat Heinrich Lang, gleichfalls eine Schöpfung von Prof. Kraus, zum fünfzigjährigen Geschäftsjubiläum der Firma im Hofe der Fabrik enthüllt werden. Eine Bronzetafel in edlen Formen schließt den Mausoleumbau ab. In ihrem Rahmenwerk spielen an den Ecken musizierende Kinder, geben links Sinnbilder der steigenden Lebensbahn, aus der Entwicklung des Schmetterslings gewächst, in die Höhe, während rechts die absteigende Hälfte des Lebenswegs verdeckelt wird, die Mitte nimmt in festerer Plastik ein schlafender Kopf ein. Darüber öffnet sich in drei kleinen Bögen der Blick in das Mausoleum. Ein quadratischer Raum mit niedriger flacher Decke empfängt den Eintretenden. Hier herrscht völliges Dunkel. Um so stärker wird man in die Tiefe der Anlage gezogen, wo hinten zwei Säulen ein feierlicher Kuppelbau sich öffnet und drei gemalte Fenster — Schöpfungen des Malers Carl Lach — farbiges Licht spenden. Dazu strömt aus der Kuppelkuppel Oede in der Wölbung von Gold und Silber herein. Die Wandverkleidung ist in Sphäro-Marmor gehalten und erhält durch Plaster in etwas dunklerem Marmor von Carrara ihre Glorie. Plastik der Säulen in den Nischen der Seitenwand, malerischer in der oberen Nische ist noch in Ausfühung. In der Mitte überblickt man über ein Bronzegebälde in die Gasse hinaus, auf den Sarkophag von Seraphe-Marmor, den keine Säulen mit sinnbildlicher Säule der Kapelle tragen, und auf dem die Gestalt des Toten ruht. — In überlebensgroßen Formen — die Höhe beträgt 3 Meter — wird das Bronzegebälde auf dem Friedhofe Heinrich Lang dargestellt. Zum Sockel aus Kalksteiner Muffelstein führen einige Stufen empor. Durch keine Gestalten an den Ecken wurde ihm eine eigene Belebung erteilt. Hinten umgibt ihn in kunstigen Schwingung eine Bank, gleichfalls aus Muffelstein. Zwei Wandbänken mit original skulptierten Wappensteinen werden hier platziert, ein dreier Sitz fordert zum Verweilen auf. Heinrich Lang selbst ist in leichten Schritte dargestellt, den Gehrock offen, in charakteristischer Haltung, die Hände auf dem Rücken.

Polizei und Milchpauker. Unter dieser Ueberschrift hat sich die „Muffelsteiner Zeitung“ zur Veröffentlichung des Berichtes der in den Verkehr gebrachten Milch vor längerer Zeit folgendermaßen geäußert: Die empfindliche Milch ist in den Händen unweiser Händler das am leichtesten gefährdete Nahrungsmittel. Namentlich die Bekämpfung der Milchpauker (Geräuschfresser) ist eine Hauptaufgabe der Nahrungsmittelpolizei. Sie ist unmöglich, wenn sie sich nicht auf ein drückendes Milchgesetz stützen kann, das den Begriff „Vollmilch“, der leider noch den Reichsgerichtsentcheidungen recht schwankend geworden ist, ausdrücklich nach dem Vorhandensein eines bestimmten Mindestgehalts (3 Prozent) abhängig macht. Aber die ausgiebigsten Revisionen und die empfindlichsten Geldstrafen sind nicht imstande, den routinieren Milchpaukern das Handwerk vollkommen zu legen. Es bedarf hier einer Ergänzung, die an die Selbsthilfe des konsumierenden Publikums appelliert und zwar der hängigen Bevölkerung der Revisionen mit der vollen Angabe der Händlernamen und der ihnen vorgefundenen Fehlproben in der lokalen Presse. Diese der Öffentlichkeit unterbreitete Milchkontrolle hat überall, wo sie energisch durchgeführt wurde, Wunder gewirkt. Nur selten mochten polizeilichen Maßnahmen ein so bedeutendes erfolgreiches Moment inne, wie diesem System, die Revisionsergebnisse zu veröffentlichen. Wie können nicht umhin, es als ein fast ideal zu nennendes Hilfsmittel der Nahrungsmittelpolizei zu bezeichnen und seine Verallgemeinerung auf andere, eher besonders schwierige Kontrolle verlangende Nahrungsmittel (Fischwaren, Bier, Butter usw.) zu wünschen.

Beworrene Revision. Wegen das im November vorigen Jahres von der Strafkammer Heidelberg in dem bekannten Automobilprozeß Hesse gefällte Urteil (8 Monate Gefängnis wegen schuldiger Tötung) hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die vor dem Reichsgericht zur Verhandlung stand. Hesse machte geltend, es sei nicht festzustellen, ob der Getötete nicht an einem plötzlichen Schlaganfall verstorben sei infolge Erregens vor dem plötzlichen Erscheinen des Autos. Das Gutachten des Sachverständigen hatte aber ausdrücklich dargelegt, daß der Tod infolge der durch das Ueberfahren erteilten Verletzungen eingetreten sei. Auch im übrigen fand der Reichsanwalt keinen Rechtsgrund im Urteil und beantragte Verurteilung der Revision. Der hohe Senat schloß sich diesen Anträgen an und erkannte auf lösenpflichtige Verurteilung der Revision.

Die Folgen des Milchauflages machen sich in beachtlicher Weise in Mauer (Amt Heidelberg) bemerkbar. Die dortige Arbeitererschaft hat sich geäußert, daß zukünftigen Wahlen für Landworte für das Wägen eines Morgens (30 Ar) 8 Mark (bisher 6 Mark), für weibliche Arbeiter 1.20—2.00 M. (bisher 1.20 M. pro Tag), beim Dofatinnahmen 40—50 Pf. (bisher 20 Pf.) zu verlangen. Sollte der Milchpreis noch höher steigen, so würden auch die Arbeiterlöhne steigen.

Ein Defraudant. Bei dem im heutigen Mittagsblatt unter dieser Epithete veröffentlichten Bericht über die Strafkammerverhandlung gegen den Kaufmann Carl Plum muß das Urteil richtig heißen: 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, abzüglich 7 Wochen der Untersuchungshaft.

Polizeibericht

vom 10. Februar.

(Schluß)

Unausgeklärte Diebstähle. In letzter Zeit wurden von noch unbekanntem Täter in hiesiger Stadt entwendet:

- a) Am 4. ds. Mts. aus dem Schauladen eines Particulars in E. 1. neun Staudahren, deren Gehäuse aus Zinkblech bestehen;
- b) am 5. ds. Mts. im Hause Mittelstraße Nr. 121 4 Paar neue wollene Damenstrümpfe;
- c) vor etwa 3 Monaten aus dem gleichen Hause ein vierzähliges Handspinnrad; d) am 6. ds. Mts. vor dem Hause Alhornstraße Nr. 6 eine Milchkanne mit 5 Liter Milch; die Kanne trägt die Aufschrift: 8 Liter und Vollmilch; e) in der Nacht vom 8.—9. ds. Mts. aus einem zwischen der Haupt- und Adersstraße gelegenen Lagerplatz 2 schwarze Briefkasten; f) am 9. ds. Mts. nachmittags aus dem Wirtschaftskeller Mittelstraße No. 41 ein flaches Kognal.

Entwendet wurden ferner am 31. Januar 1910 ein erschwertes Weile aus einer Karfarbe zwei weißleines Herrenhemden mit eingestrichter Brust, gezeichnet mit K. R., drei gelblich graue Normalhemden, eine weiße Bettdecke mit Franzen und drei graue ältere Handtücher. — Vom 8.—9. ds. Mts. aus einem hinter dem Stadt. Schlachthofe gelegenen Schuppen: 1 Kaliber, 1 Handbohrmaschine mit einer Nibelle, 1 halbe messingene Loperkale, 1 Rinneimer mit Schmierbüchsen, Messing- und Kupfer-

abfälle, 1 messingener Wasserhandshahnen, 2 Probierhahnen, 1 Leilprige und 2 weiße Handtücher mit T. A. gezeichnet. Unbekannter Täter ist ein Unbekannter: 40 bis 50 Jahre alt, 1,65 bis 1,68 Meter groß, mittlere Statur, rotes Gesicht, starker blonder Schnurrbart und Anflug von Kinnbart. Derselbe trug schwarze Jacke, schwarze Hose mit weißen Tupfen. Am sachdienliche Mitteilungen an die Schutzmannschaft wird ersucht.

Die preussische Wahlreform und Herrn v. Bethmann-Hollwegs Programmrede.

Berlin, 10. Febr.

Mit allen Anzeichen eines großen Tages soll heute die preussische Wahlreformvorlage ihr erstklassiges Begräbnis finden. Die Stimmung der einzelnen Parteien ist ja nicht mehr unbekannt. Wenn nicht die politische Luft Preußens unter solchen elektrischen Hochspannungen stünde, die jede Minute eine kräftige Entladung befürchten lassen, so würde die Sitzung in der preussischen Landstube recht belanglos sein. Aber elektrische Schläge werden nicht ausbleiben und das übergroße Interesse, das sich im Publikum und in der Presse zeigt, beweist nur zu deutlich, daß die Kämpfe um die preussische Wahlreform recht heftig werden sollen.

Das Bild vor dem Abgeordnetenhaus, das sich heute vormittag gegen die festgesetzte Zeit des Verhandlungsbeginns zeigt, würde wohl kaum jemand vermuten lassen, daß sich heute hier etwas besonderes abspielen soll. Man sieht nur das gewöhnliche Straßenbild. In der nächsten Umgebung sind starke Schutzmannschaften postiert, um für alle Fälle marschbereit zu sein. Eine Reihe von Polizeioffizieren beobachten persönlich den Eingang zum Parlament. Sie schauen aber höchst gelangweilt drein und wissen anscheinend selbst nicht, was sie nur eigentlich vor dem Abgeordnetenhaus verloren haben. Plakate am Eingang zum Abgeordnetenhaus kündigen an, daß die Tribünen ausverkauft sind. Auch die Diplomatenloge und die Hofloge sind bis auf den letzten Platz besetzt. Das Haus selbst bietet ein außerordentliches Bild. Auch hier sind schon lange vor Beginn der Sitzung die Abgeordneten erschienen. In Gruppen wird lebhaft über die Vorlage diskutiert. Auch die Vertreter der Regierung stehen gruppenweise im Gespräch. Man sieht die Minister von Moltke, von Rheinbaben, Bessler, Breitenbach und Endow. Die Journalistentribüne zeigt ein ganz außerordentliches Gepräge. Während sonst bei Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus nur wenig Pressevertreter anwesend sind, ist heute die Tribüne bis auf den letzten Platz besetzt und auch außerhalb der Tribüne halten sich zahlreiche Journalisten auf, die auf der Tribüne einen Platz nicht mehr finden konnten.

Fünf Minuten vor Ablauf des akademischen Viertelstündes erscheint der Minister-Präsident v. Bethmann-Hollweg im grauen Gehrock. Sogleich nach dem Erscheinen des Ministerpräsidenten erteilt die Glocke des Vize-Präsidenten Dr. Borch und auf das Glockenzeichen begeben sich die Abgeordneten aller Parteien in den Saal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der konserverbative Abgeordnete Stroffer, der einen Vorbehalt verliert, der zwischen ihm und dem Schriftsteller Weber, dem Gatten der Frau v. Schönebeck, stattgefunden hat. Er sagt hinzu, daß die Mitteilungen in einem hiesigen Mittagsblatt einige Ungenauigkeiten enthielten. Der Gatte der Frau v. Schönebeck habe ihm feineswegs mit einer Duellforderung gedroht. Er habe noch gestern nachmittags einen Rohrpfeil von Herrn Weber bekommen, worin ihm Herr Weber ausdrücklich erklärt, daß von einer Duellforderung nicht die Rede gewesen ist. Stroffer erklärte, er wolle zu der Angelegenheit kein Wort mehr hinzufügen.

Der Ministerpräsident hat das Wort.

Raummehr erteilt der Vize-Präsident Dr. Borch dem Ministerpräsidenten von Bethmann-Hollweg das Wort. Als sich der Ministerpräsident von seinem Sessel erhob, so erteilte den Seiten der Sozialdemokratie laute Rufe: Pni! Pni! Pni! Die Rufe werden immer stärker von den Sozialdemokraten erhoben. Zunächst ist man im Hause sprachlos über diesen Empfang des Ministerpräsidenten. Es kommt zu

unangenehm tumultuarischen Szenen.

Die Abgeordneten aller anderen Parteien sind unangelegentlich und verlangen von den Sozialdemokraten Ruhe, die jedoch immer lauter „Pni“ rufen und „Skandal, ist das eine Wahlreform?“ und dergl. mehr. Der Vizepräsident lüftet fortgesetzt, vermag aber zunächst keine Ruhe herzustellen. Die Abgeordneten der Sozialdemokratie lärmen weiter, während die Rechte durch Zwischenrufe ihren Unmut über das fleghafte Benehmen der Sozialdemokraten kundgibt. Rufe wie: „Hinaus mit ihnen!“ „Schmeißt die Außen hinaus!“ hört man aus dem allgemeinen Tumult heraus. Die Sozialdemokraten demonstrieren weiter und es scheint, daß alle Abgeordneten im Hause nicht über Lust haben, die Rubeführer persönlich aus dem Saal herauszuführen. Erst nach Verlauf von mehreren Minuten tritt Ruhe ein und nun beginnt der Reichskanzler, der den ganzen Lärm sendend mit voller Ruhe zugehört hat, seine Darlegungen zur Wahlreformvorlage der preussischen Regierung.

Der Reden der Genossen legt sich. Der Minister-Präsident beginnt:

Er stellt an die Spitze seiner Ausführungen die Versicherungen, daß die Staatsregierung auch heute noch ablehnt, die historisch gewordenen Grundlagen der preussischen Verfassung zu verlassen und sich hierbei auch nicht durch die Kritik, die an dem Gegenwärtigen geübt werde, wandeln machen lassen werde. Es kommt zu förmlichen Unterbrechungen der Rede des Minister-Präsidenten, als dieser erklärt, daß die Staatsregierung den Entwurf seiner Partei zuleibe, aber auch seiner Partei zuleibe eingebracht habe. v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß die Regierung sich weder durch die Suche nach Popularität leiten lasse, daß sie aber ebensowenig entfernt sei von Boshaftheit und Unschärfe, die man ihr unterstelle. Auch widerbroch er der Anschauung, als ob die Regierung nur aus der schweren Notlage eines einmal gegebenen Verprechens heraus die Vorlage eingebracht habe, er deklarierete vielmehr die Vorlage als eine Willensmeinung des preussischen Königs, für welche die Staatsregierung mit ihrer vollen Verantwortlichkeit eintrete. Nach diesen einleitenden Bemerkungen wandte sich der Ministerpräsident den in der Öffentlichkeit

fein aufgestellten Forderungen der einzelnen Parteien zu, in dem er besonders die Forderung der

Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen

in den Vordergrund seiner Ausführungen stellte. Seine ersten Worte widmete er der Sozialdemokratie. Er bemerkte, daß die Sozialdemokratie nur aus dem Grunde das Reichstagswahlrecht auf Preußen übertragen wissen wollte, weil bei ihr der Wille zur Macht maßgebend sei, der Wille, mit einem Wahlrecht auf breiterer demokratischer Grundlage das Staatsgefüge Preußens zu lockern.

Neuer Genossen-Lärm.

Die Sozialdemokraten unterbrechen den Ministerpräsidenten bei diesen Ausführungen fortgesetzt durch Zwischenrufe, wobei sich Szenen, wie zu Anfang wiederholten. In dem allgemeinen Lärm gehen die Zwischenrufe völlig unter. Man sieht nur, daß die Sozialdemokraten und besonders der Abg. Borgmann, nach dem Ministerpräsidenten hinüberschreien, während von der Rechten immer lauter von dem Präsidenten gefordert wird, gegen die Sozialdemokraten einzuschreiten. Der Präsident bittet um Ruhe und bittet die Sozialdemokraten, die Ordnung des Hauses zu respektieren. Auf der Rechten erheben sich stürmische Rufe: „Zur Ordnung rufen!“ Der Präsident bedauert aber, daß ihm nach der Geschäftsordnung keine Mittel in die Hand gegeben sei, um gegen das Benehmen der Sozialdemokraten vorzugehen. Die Sozialdemokraten lärmten fortgesetzt, während die Rechte rief: „Naus! Naus! Die Leute sollen erst anständig auftreten lernen.“

Herr von Bethmann-Hollweg fährt fort.

Als nach einigen Minuten wieder Ruhe im Hause eingelebt ist, spricht der Ministerpräsident über das Verlangen des Zentrums und der Freisinnigen, die Reform auf eine demokratischere Grundlage zu stellen. Dem Zentrum hält er aber wohlwollend vor, daß es ihm doch gleich sein könne, ob das Reichstagswahlrecht auf Preußen übertragen werde oder nicht, es werde nichts verlieren aber auch nichts gewinnen. Nur die Persönlichkeiten würden wechseln. Und Bethmann-Hollweg fügt in guter Berechnung hinzu: „Was ich bedauern würde.“ Er kennt also keine Pappenhäuser. Die Freisinnigen erinnert er an frühere Zeiten, an die vier Jahre, wo sie eine ausschlaggebende Rolle im preussischen Abgeordnetenhause hatten und in Vergleiche hierzu an den heutigen Tag, wo nur ein Abgeordneter auf den Schultern der Wähler der dritten Klasse in das Parlament eingezogen ist. Im Namen um die Gänze der Nation würden die Freisinnigen doch immer mehrere Forderungen hinter den Sozialdemokraten zurücklassen. In durchaus konzilianter Form versucht der Ministerpräsident den Freisinnigen klarzumachen, daß ihre aus den besten Gründen geborenen theoretischen Erwägungen praktisch nur das Gegenteil bewirken würden. Nicht der Freisinn und nicht der bürgerliche Liberalismus, sondern die Sozialdemokratie würde bei der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen der lachende Erbe sein.

Dann kommt der „gemäßigte Liberalismus“ an die Reihe. Der Ministerpräsident gebraucht in seinen Ausführungen nur diesen Ausdruck, mit dem er die Nationalliberalen bezeichnen will. Er hat mit Bedauern gemerkt, daß auch in den Kreisen des gemäßigten Liberalismus der Uebertragung des Reichstagswahlrechts das Wort getrieben wird. Er will nicht wie gewisse konservativere Organe diese Bewegung auf Stimmungsstöße zurückführen, wenn auch nicht zu bestreiten sei, daß diese auf gewisse Kreise — gemeint sind damit die Jungliberalen — abzielt habe. Der Ministerpräsident befreit, daß die ganze Wahlrechtsfrage die große Bedeutung, die ihr zugesprochen wird, wirklich verdiene. Als laubige Uebertragungen bezeichnet er alle die Dinge, die mit der Wahlreform in Verbindung gebracht werden, die Reaktion, die Bürokratie, das Polizeiregiment und das Junkertum und geht dazu über, in allgemein gehaltenen Ausführungen diese Vorwürfe zu entkräften. Dieser Teil seiner Rede macht Herr v. Bethmann-Hollweg als Philosoph alle Ehre, nicht aber als moderner Staatsmann denn, was er hier sagt, ist eine glatte Verhöhnung dessen, was er bestritt, daß nämlich das ganze Verwaltungssystem konservativ zugeschnitten und daß auch die Wahlreform durchaus nach den Wünschen der herrschenden Junkerklasse gerichtet gemacht sei.

Wenn heute das Wahlrecht in Preußen das Junkertum an die Spitze gebracht habe, so machte Bethmann-Hollweg dafür nicht das Wahlrecht als solches verantwortlich, sondern die Stellung der Parteien, die diese zu einzelnen aktuellen Fragen eingenommen haben. Er nimmt auch die Arbeit und die Politik des preussischen Abgeordnetenhauses in Schutz und bezeichnet es als eine Farce, Preußen immer als das Land der hintersten Reaktion zu verzeichnen. Ebenso abgeschmackt sei eine, was von verschiedenen Seiten in Preußen selbst hergekommen sei, durch Anknüpfung von Reichstagsmitgliedern und Schmäherungen das eigene Recht zu beschmühen. Die preussische Steuerpolitik nimmt der Ministerpräsident in Schutz und stellt sie geradezu als Vorbild hin. In einer geschickten Wendung spielt er dabei auf die Reichssteuererhebung an, die über. I. als agrarisch gebunden wurde, obwohl sie in dem auf Grund des gleichen, allgemeinen und gebunden und direkten Wahlrechts gewählten Reichstag beschloffen worden seien, gerade von jenen Kreisen, die jetzt so stürmisch für Preußen das Reichstagswahlrecht verlangen. Der Ministerpräsident sucht die preussische Steuererhebung als durchaus loyal gerecht hinzustellen, wobei er die Verschönerung der Eisenbahnen zum Beweise heranzieht. Als aber Herr von Bethmann-Hollweg für eine Grundlage der preussischen Gesetzgebung den Ausbau der Selbstverwaltung im weitesten Sinne des Wortes hinstellt, findet er freilich bis in die Rechten der Rechten hinein nur Gelächter. Er wollte seinen Ausführungen nachträglich eine Deklaration hinzufügen, daß er nämlich nicht so sehr Gewicht auf die formelle Seite lege, wie die Liberalen, sondern auf den materiellen Inhalt der Selbstverwaltung. Er rühmte die Erfolge der preussischen Kommunal-Verwaltungen, denen vom Anfang der vier Jahre vom Staat immer größere Aufgaben zugewiesen worden seien. Das hält der Ministerpräsident für einen Beweis des fortschrittlichen Geistes im preussischen Staatswesen. Eine solche Gesetzgebung, zu der Stein und Hardenberg den Grund legten, lasse sich auch niemals als reaktionär bezeichnen. Der Ministerpräsident rühmte dann auch in langen Ausführungen das preussische Polizeiwesen, um dann alle seine Darlegungen über das innere Verwaltungssystem Preußens dahin zu resumieren, daß das Dreiklassen-Parlament keineswegs verlag habe, was man ihm immer unterstelle. Mit großem Pathos erklärte Herr von Bethmann-Hollweg, daß im Preußen niemals, auch nicht

verstehter Weise, in das Jahrwasser des Parlamentarismus verschleppen lasse, solange die Macht des Königtums ungebrochen sei.

Hinter dieser Erklärung sucht sich dann der Ministerpräsident zu verhaschen, um umso wirksamer seine weiteren Ausführungen zu gestalten, daß der ganze preussische Beamtenapparat stets seine Unabhängigkeit gegenüber allen Parteien, besonders aber auch gegenüber den Konservativen bewahrt habe. Freilich diese Versicherungen fanden auch in solcher Form nur dort Beachtung, wo sie besonders willkommen geheißen werden müssen, nämlich auf der Rechten. Es war besonders reizvoll, ehe der Ministerpräsident die Unabhängigkeit der konservativen Partei gegenüber der Regierung im Interesse der Stärke Preußens empfehlen zu müssen glaubte, wie er dann auf der anderen Seite Stärke bei der Regierung auch gegenüber den Konservativen prästizierte. Wenn dies so über allen Zweifeln erhoben wäre, warum überhaupt diese Versicherungen? So aber lösten sie im Hause nur Lachen aus. Die politische Integrität der Beamten schien Herr v. Bethmann-Hollweg nochmals verteidigen zu müssen. Er betonte den Charakter der Beamten als Diener des Staates, fand aber mit dieser Behauptung stürmischen Widerspruch bei den Abgeordneten der Linken, die fortgesetzt riefen: „Nein, Diener der Junker!“ andere: „So sollte es sein!“ Der Ministerpräsident ließ sich jedoch in seinen Ausführungen nicht beirren, vertrat vielmehr mit allem Nachdruck die Unparteilichkeit des preussischen Beamtenstandes, indem er zum Schluß seiner in dieser Beziehung recht lang gehaltenen Ausführungen warnte, Singularitäten, die meist recht ansehenswert seien, aber entscheidend für die Beurteilung des ganzen Beamtenkörpers zu halten. Das Beamtenamt sei in Preußen zugleich mit dem Staate geworden, daraus erkläre sich der strenge und vielfach barische Charakter des Beamtenamtes. Wenn man das konservativ nennen wollte, so will das der Ministerpräsident den einzelnen Kritikern freistellen, betonte aber, daß gerade dadurch Preußen groß geworden sei. Recht salbungsvoll und pathetisch wird Herr v. Bethmann-Hollweg, als er seine philologischen Gedanken über die Stagnation unseres kulturellen Lebens, über die Sorge um eine höhere wissenschaftliche Erziehung und Bildung unseres Volkes und über die tiefen religiösen Strömung, die augenblicklich unser Volk durchzieht, zum Vorschein gibt. Er sucht auf diese Gedanken dann weiter auszubauen zu beweisen, daß gerade in einer solchen Zeit eine Demokratisierung des Staates nicht zum Heil gereichen könne. Denn die Zeit, wo das Parlament die politische Bildung des Volkes ausmache, sei vorüber.

Zu diesen Liebenswürdigkeiten gegen das Parlament fügte der Redner ähnliche Liebenswürdigkeiten gegen die Presse hinzu. Er machte ihr zum Vorwurf, daß sie fast durchgängig das allgemeine Niveau auf das Sensationsbedürfnis herabdrücke. Besonders die parlamentarischen Stimmungsbilder, in denen Herr v. Bethmann-Hollweg wie besonders gut weggekommen ist, haben es ihm angean. Kurz und gut der moderne Staatsmann v. Bethmann-Hollweg ist sowohl auf die Presse wie auf das Parlament schlecht zu sprechen und von dem demokratischen Parlament ist er die Meinung, daß es die politischen Sitten nur verfinstere und verrohe. Der Ministerpräsident wies sich dann in Folge und erklärte, daß er das Fortschrittsbedürfnis nicht hemmen wollte, fügte aber vorichtig hinzu: „Sollen wir bedürfen. Man kann also den Nachsatz denken, wie man will, die ganze Versicherung des Ministerpräsidenten wird dadurch wieder sehr illusorisch.“

Zum Schluß seiner Ausführungen berührte der Ministerpräsident die mittlere Grundlage der Wahlrechtsvorlage. Er hält natürlich an der organischen Fortbildung des bestehenden Wahlrechts fest und meinte, daß wenn die Sozialdemokratie deshalb große Scharen von Ueberläufern aus dem Grunde habe, weil ihnen das Wahlrecht in Preußen nicht mehr passe, so sei daran nicht das Wahlrecht, sondern der Mangel an Staatsgeist bei der Ueberläufern schuld.

Auch auf das Verdict des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht kommt Redner zu sprechen. Er bemerkte, daß dabei völlig übersehen wurde, was Bismarck am Ende seiner Tätigkeit, als er die Entwicklung in Deutschland und Preußen überschaute, in seinen Gedanken und Erinnerungen besonnen hat. Das sei aber das direkte Gegenteil gewesen. Wenn man Bismarck zum Kronzeugen für eine radikale Reform des Wahlrechts anrufe, so sei das eine grenzenlos historische Voraussetzunglosigkeit.

Auf die Einzelheiten des Entwurfs geht der Ministerpräsident nicht ein; nur auf einen, wie er sich ausdrückt, negativen Punkt, auf die Frage der

Öffentlichen Abstimmungen.

Er sucht ihre Vorzüge hervorzuheben, wenn er auch nicht vergißt, von den Nachteilen zu sprechen. Er hält aber die Vorzüge des öffentlichen Wahlrechts für groß genug, um an ihm auch ferner festzuhalten. Das öffentliche Stimmrecht soll den Wählern ermöglichen, ihrer eigenen politischen Ueberzeugung Ausdruck zu geben. In dieser Beziehung bringt Herr von Bethmann-Hollweg die gleichen Argumente vor, wie wir sie aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ kennen. Auch hier zeigt sich der Philosoph Bethmann-Hollweg und nicht der moderne Staatsmann. Er glaubt besondere Belehrung an das Parlament für nötig zu haben, daß es nämlich den Begriff der Unabhängigkeit nicht übertreiben soll, im Gegenteil ist er der Meinung, daß sich unser ganzes Leben, wie sich Bismarck einmal ausgesprochen hat, aus von Gott gegebenen Abhängigkeiten zusammensetzt. Die Abhängigkeit von der jeweiligen Parteirichtung begleitet den Wähler bis in die Hölle hinein. Bethmann widerspricht der Auffassung, als ob die geheime Stimmabgabe die Wähler von der Rücksicht auf wirtschaftlich, soziale und religiöse Dinge unabhängig mache. Besonders sei auch falsch, daß das Abhängigkeitsverhältnis im preussischen Staat jetzt größer geworden sei, als zur Zeit der Einführung des preussischen Wahlrechts. Der Ministerpräsident meinte, daß das Abhängigkeitsverhältnis damals stärker gewesen sei, als heute. Damals habe noch ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestanden, von dem man heute gar nichts mehr verspürt. Nach seinem Urteil fortspielt die geheime Wahl nur, indem sie die geistig und innerlich schwächeren Wähler unfrei macht gegenüber den Einflüssen materieller Instinkte und persönlicher Verstimnungen. Das sei auch der Grund, weshalb die Sozialdemokratie bei dem geheimen Stimmrecht mehr Wilsäuser habe, als beim öffentlichen.

Als Herr v. Bethmann-Hollweg der Sozialdemokratie vorwirft, daß sie den stärksten Terrorismus ausübe, ruft Dr. Diebstedt mehrmals „Pui“. Dabei kommt es zu einem komischen Intermezzo, als der Präsident den Abg.

Bergmann wegen dieses Pfuiruses zur Ordnung ruft. Auf sein Verleihen dann aufmerksam gemacht, nahm der Präsident den Ordnungsdraf unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück und ruft den Abg. Dr. Diebstedt zur Ordnung. Der Ministerpräsident fährt dann weiter aus, daß er die angeführten Gründe als praktisch erklärt, an der öffentlichen Wahl festzuhalten. Mit besonderem Nachdruck erklärte der Ministerpräsident, daß die preussische Regierung allen Versuchen widerstehen würde, die das preussische Wahlrecht demokratisieren wollen. Die Forderungen, daß Preußen seine konstitutionelle Entwicklung in ähnliche Bahnen wie die übrigen Bundesstaaten bringen solle, weist der Ministerpräsident als demokratische Forderung zurück, die ohne alles Verständnis für Deutschlands Geschichte und für seine Kultur sei. Er erklärte, er möchte die Eigenart der Wäherer, Württemberg, ferner der hegerischen und sächsischen Stämme nicht wissen, verlange aber auch, daß man die preussische Eigenart respektiere und Preußen nicht durch Vorwürfe wie Agrarier und Reaktionäre in Verfall bringe.

Der Ministerpräsident führt weiter aus: Preußen muß sich im Zusammenhang mit der ganzen deutschen Entwicklung erholen. Dazu gehört nicht nur Kulturkraft, sondern vor allem, daß sich Preußen selbst stark erhält und daß dann auch diese seine Stärke sich dem Reiche dienstbar macht. Wenn Sie — und damit will ich schließen — bei der Beratung der gesamten Wahlrechtsfrage neben dem agrarischen Weimerk auch solche Gesichtspunkte, wie ich eben angegeben habe, zu Ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie Beschlüsse fassen, die dem Wohle nicht nur Preußens, sondern dem ganzen deutschen Reiche dienen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde auf der Rechten mit großem Beifall aufgenommen, während sich die Nationalliberalen und das Zentrum passiv verhielten. Dagegen gaben die Abgeordneten der Linken ihrem Unwillen durch lautes Rufen Ausdruck.

Als sodann der Minister des Innern von Mostke, das Wort erhielt, verließen die Abgeordneten fluchtartig das Haus; auch die Journalistentribüne ist im Augenblick wie ausgelassen. Der Minister vertritt sich über die Einzelheiten der Vorlage.

Erst als die Diskussion beginnt, wird das Interesse im Haus wieder rege. Zunächst sprach der konservative Abgeordnete Freiherr v. Rätzhofen. Er spricht mit recht behäbigem Gemütslichkeit. Seine Rede wird des öfteren unterbrochen durch Zurufe seitens der Abgeordneten der Linken. Auch die Heiterkeit tritt bei seiner Rede öfter in ihre Rechte. Er bedauert, daß die Sozialdemokratie so unwürdige Szenen provozierte, als der Ministerpräsident das Wort ergriß. Solche Zurufe gehören nicht einmal auf die Strohe. Hier im Hause seien sie aber unerträglich. Er bedauert, daß die Geschäftsordnung kein Mittel gegen so unwürdiges Betragen dem Präsidenten an die Hand gibt und sich eine Veränderung der Geschäftsordnung in diesem Sinne durchblende.

Zu der Rede des Ministerpräsidenten erklärte der konservative Redner, im allgemeinen seine Zustimmung geben zu können. Die Ideale, die Herren von Bethmann in seiner Rede vorgezeichnet hätten, deckten sich auch vielfach mit den Ideen der Konservativen.

Vom badijschen Landtag.

W. Karlsruhe, 10. Februar.

Auf der heutigen Tagesordnung stand der Bericht der Budgetkommission und die Beratung über das Budget des Großherzogthums Baden für 1910/11. Ausgabebetrag 10, Einnahmebetrag 9, höhere Schule.

Abg. König erstattete den Bericht der Budgetkommission und führt u. a. aus, es sei in jedem Landtag beantragt worden, der Oberlehrer aufzuheben und ein Ministerium für Unterricht zu errichten. Dagegen habe sich die Regierung bislang ablehnend verhalten, nach seiner Ansicht mit Recht, denn wir hätten gerade Ministerien genug. Ueber einen weiteren Antrag auf Errichtung einer besonderen Abteilung für Unterricht äußerte sich Redner, die Regierung habe jetzt schon einen Schulmann an die Spitze der Schulen berufen. Redner geht sodann auf die Schulen selbst ein. Er plädiert besonders für humanistische Bildung. Er möchte die humanistische Bildung neben der Realbildung nicht missen, denn eine Schule solle nicht nur dressieren, sondern auch den Geist bilden. Eine Schule dürfe aber auch nicht nur der Erziehung des Geistes dienen, sondern es müßten auch tüchtige Staatsbürger herangebildet werden. Der Regierung sei Dank anzusprechen für die bisherige Bahn, die sie im Schulwesen eingeschlagen habe. Redner tritt noch dafür ein, daß Gymnasien und Realschulen ganz vom Staate übernommen werden und Gemeinden die Schulräume nicht mehr zu stellen brauchen, Redner geht dann auf die Frage des Besuchs der Mädchen in den höheren Schulen über. Er persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß die Mädchen mehr und mehr zugelassen werden sollen. Das Gebiet der Frau sei ein unerschlossenes. Er ersucht die Regierung, sich über die Erfahrungen zu äußern. (Ausführlicher Bericht über die Sitzung folgt morgen.)

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Stuttgart, 10. Febr. Die Strafkammer hat gegen Dr. G. G. Gürtler auf den 11. Februar eine Verhandlung wegen Gotteslästerung und Beschimpfung des Papstes anberaumt.

Juristisches Automobilunglück.

* Paris, 10. Febr. Aus Bordeaux wird gemeldet: Der Sportsmann G. v. Mumm begab sich gestern mit dem Advokaten Johannsen und seinem Chauffeur im Automobil nach Pau. In der Nähe von Langon wollte Mumm einem entgegenkommenden Wagen ausweichen. Das Automobil stürzte um und begrub die beiden erregenen Passagiere unter sich. Es gelang dem Chauffeur, Herrn v. Mumm zu befreien. Bei dem Versuch, auch Herrn Johannsen zu retten, erlitt der Benzinbehälter, das Automobil geriet in Brand und Johannsen konnte erst als verkohlter Leichnam hervorgezogen werden.

Nachtrag zum lokalen Teil.

* Jubiläum der Firma Heinrich Lang. Wie wir erfahren besteht nicht mehr die Absicht, beim Jubiläum der Firma Heinrich Lang ein Bankett für die Arbeiterkassen im Rühlengarten zu veranstalten.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Werk Wolgastens. In den nächsten Tagen erscheint im Verlage von S. Schönländers Sohn Verlagshaus, Berlin W. 9, das neue Werk von Ernst von Wolgast: „Leibige Schöne Welt, ein Roman im Saufstich“, illustrirt von Paul Telemann.

Volkswirtschaft.

Ermäßigung des Reichsbankdiskonts.

Der Reichsbankdiskont wurde in der heute vormittag abgehaltenen Zentralbankkonferenz der Reichsbank, wie aus von der hiesigen Hauptstelle mitgeteilt wird, von 4 1/2 pCt. auf 4 pCt. und der Lombardzinsfuß auf 5 pCt. herabgesetzt.

In früheren Jahren ist die Reichsbank wiederholt zu einer Herabsetzung ihrer Rate unmittelbar vor einer Reichsanleihe- und Konsols-Emission geschritten in der angelegenen Absicht, hierdurch ihre eigene künftige Veranlassung der Geld- und allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu dokumentieren und die Zeichnungslust anzuregen und zu fördern.

Nachdem der neue Reichsbankausweis erstmals wieder eine nennenswerte Reserveerhöhung (90 Millionen Mk.) verzeichnet, die Spannung zwischen dem Sahe des offenen Marktes und dem offiziellen Diskont auf beinahe 2 pCt. angewachsen ist und heute eine weitere Ermäßigung der englischen Bankrate auf 3 pCt. eingetreten ist, auch die Disinflation bedeutend nachgelassen hat, konnte die Leitung unseres Zentralnoteninstituts der Zustimmung des Ausschusses und weiterer Kreise zu der vorgeschlagenen Herabsetzung des Sahe auf 4 pCt. über sein.

Die heute erfolgte Reduzierung der Bankrate ist innerhalb weniger Wochen die zweite Ermäßigung des Diskontsahe der Reichsbank. Schon bei der letzten Herabsetzung des Sahe von 5 auf 4 1/2 pCt. am 21. Januar erwartete man in Finanzkreisen eine einprozentige Ermäßigung. Seit dem 21. Januar hat sich der Status der Bank jedoch außerordentlich gebessert. Wie aus dem im gestrigen Abendblatt veröffentlichten Ausweis des Instituts hervorging, verfügte die Deutsche Reichsbank über eine Reserveerhöhung von 90 507 000 gegen eine solche von 26 872 000 Mark am 30. Januar und über eine Reserveerhöhung von 170 800 000 am 6. Februar 1909.

Nach dem günstigen Ausweis vom 7. Februar trat das Reichsbankdirektorium sofort in Erwägung, betreffs Ermäßigung des Diskontsahe ein. Die Herabsetzung des Diskontsahe auf 4 pCt. dürfte in allen Kreisen der Gewerbe- und Industriewelt mit großer Genugtuung aufgenommen werden.

Die Herabsetzung der Bankrate der Bank von England auf 3 pCt. ist auf die in den letzten Wochen eingetretene Erleichterung des internationalen Geldmarktes zurückzuführen.

Weitere Nachrichten über die heute vormittag abgehaltene Sitzung des Zentralbankausschusses der Reichsbank siehe unter telegraphischen Handelsberichten.

Badische Bank.

Gleich der Reichsbank ermäßigte auch die Badische Bank ihren Wechseldiskont auf 4 pCt. und ihren Lombardzinsfuß auf 5 pCt.

„Atlas“, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft, Ludwigs-hafen a. Rh.

Eine außerordentliche Generalversammlung der „Atlas“, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft soll beschließen über die Aufhebung der Solawechsel, sowie über Statutenänderung.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M.

Die dem Aufsichtsrat vorgelegte Bilanz pro 1908 weist einen Reingewinn von M. 2.250.527 (im Vorjahre M. 2.154.534) aus. Es wurde beschlossen, der auf den 9. März d. J. einuberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, als Abschreibung auf das Bankguthaben und auf Reserven neuerlich M. 75.000 zu verwenden, einem zu errichtenden Konto behufs Bestreitung der Solawechsel erstmals M. 24.000 zu überweisen und abdam wiederum eine Dividende von 6 Prozent (wie seit Jahren) zur Verteilung zu bringen. Hiernach würden rund Mark 891.000 (im Vorjahre M. 848.000) als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben. Ferner wird der Aufsichtsrat im Hinblick auf die Ausdehnung der Geschäfte eine Erhöhung des Aktienkapitals um M. 6 Mill. auf M. 30 Mill. durch Ausgabe von 5000 Aktien zu je nominal M. 1200 mit voller Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1910 ab beantragen. Die Kapitalserhöhung kann als ein Beweis für die fortwährende Entwicklung des Instituts angesehen werden, das sich bekanntlich in den letzten Jahren bei einer Anzahl von Bankfirmen kommanditistisch beteiligt und in Darlehen eine Zweigniederlassung errichtet hat. Zu welchem Kurse die neuen Aktien herauskommen werden, ist noch nicht bekannt. Die Reserve enthält M. 240 Mill., das Defizitkontos M. 600.000.

Der Zusammenbruch der Kommandit-Gesellschaft Kurt Sollenitz, Holzstroggänger, Charlottenburg.

Gestern fand, wie aus aus Berlin geschrieben wird, unter außerordentlich harter Beteiligung die erste Gläubiger-Versammlung dieser infolge umfangreicher Finanztransaktionen in Vermögensfall geratenen Firma statt. Konkursverwalter Gobel erstattete Bericht über die Sachlage und wies darauf hin, daß die Firma eigentlich schon vor zwei Jahren im Anschluß an die Solawechsel auf dem hiesigen Markt (Kollimator G. Goldhaber, Danzig) in Schwierigkeiten geraten war, die dadurch vorübergehend behoben wurden, daß die vermögende Mutter sich mit einer Kommanditeinlage von 500 000 Mark beteiligte. Indessen entstanden nachher weitere Verluste im Berliner Handelsgeschäft, die schließlich die Veranlassung zu verwickelten Finanzaktionen boten. Dadurch stiegen die Zinslasten und Unerwartete, so daß der Zusammenbruch nicht zu vermeiden war. Die Passiva betragen einschließlich der Giroverbindlichkeiten etwa 4 Millionen Mk., ihnen stehen an Aktiven 450 000 Mk. gegenüber. Der Konkursverwalter stellte den Gläubigern eine Dividende von 10 Prozent in Aussicht.

n. Mannheimer Produktenbörse. Auch der heutige Markt verlief in ruhiger Haltung. Die allgemeine Stimmung ist für alle Getreidearten wesentlich günstiger. Die Umsätze sind beschränkt,

da nur die notwendigsten Käufe gemacht werden. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt wurden für russischen und für La Plataweizen um 25 Btg. per 100 Kg. höherer Mannheimer ermäßigt. Zahlungseinstellungen. Nach dem „Lebenmarkt“ hat die Schuhfabrik Walter Henninger in Ebingen (Baden) ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen Mk. 415 000, während die Aktiven mit M. 84 500 angegeben werden.

Die Pongs Spinnereien und Webereien, A.-G. in Odenkirchgen, schlugen der auf den 31. März einberufenen Hauptversammlung nach reichlichen Vorschlägen und der satzungsmäßigen Zustimmung an die Rücklage 4 Prozent Dividende vor. Außerdem sollen 10 000 M. zur Bildung einer Sonderrücklage Verwendung finden. Das Vorjahr hatte einen Verlust von 254 187 M. ergeben, der aus den Rücklagen gedeckt wurde.

Im Konkurs der Firma E. Schmidt Sohn, Leipzig, Spien und Weichwaren ein gross, steht die Schuldverteilung mit ca. 15 Prozent bevor, nachdem 60 Prozent bereits früher ausgeschüttet worden sind. Die nichtabgewandigten Forderungen betragen Mark 605 409.

Die Verwaltung der Bergbau-Aktien-Gesellschaft Friedrichslegen teilt über den Ausfall auf dem Haupttag mit, daß die Durchquerung des Ganges unterhalb der 506 Meter-Tiefe eine Mächtigkeit von insgesamt 3,40 Meter ergab, wovon gut 1 Meter auf derbe Zinkblende und Bleiglanz (und zwar 60 cm auf Blei und 40 cm auf Zinkerze) und der Rest auf fettigglänzenden Spateisenstein mit wenig Quarz entfielen. Die Förderung der Grube Friedrichslegen werde nunmehr binnen kurzem sich entsprechend steigern.

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit. Die im Jahre 1821 eröffnete Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit, deren Geschäftsbereich sich auf das Deutsche Reich und die Schweiz erstreckt, hat mit dem Jahre 1908 das 88. Jahr ihrer gemeinschaftlichen Tätigkeit vollendet. Im Jahre 1908 waren für M. 6 785 767 000 (gegen das Vorjahr mehr M. 124 389 700) Versicherungen in Kraft. Die Prämienentnahme betrug im Jahre 1908: M. 22 288 327,70 (gegen das Vorjahr mehr M. 210 412,50). Von der Prämienentnahme wird in jedem Jahre derjenige Betrag, der nicht zur Bezahlung der Schäden und Verwaltungskosten, sowie für die Prämienreserve erforderlich ist, den Versicherten zurückgewährt. Nach dem jetzt veröffentlichten Rechnungsabschluss für das Jahr 1908 beträgt dieser an die Versicherten zurückliegende Ueberchuß M. 17 088 913,80 oder 74% der eingezahlten Prämie. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre sind alljährlich 74% der eingezahlten Prämien als Ueberchuß an die Versicherten zurückgeführt worden.

Eisenbahnunterfrage für Südwesafrika. Die vom Reichskolonialamt geplante und vom Reichstage bereits in zwei Lesungen genehmigte „Nord-Süd-Bahn“ in Südwesafrika, die von Windhof über Gibeon nach Keetmanshoop führt und deren Herstellungskosten sich auf ca. 40 Millionen Mark belaufen, wird von 2 deutschen Kongern gebaut. Wie wir hören, entfällt die Nordstrecke der Bahn von Windhof nach Aus in Höhe von 18,1 Millionen Mark auf den Kongern der Firma Orenstein u. Koppel, während die Südstrecke von Aus nach Keetmanshoop im Betrage von 21,9 Millionen Mark von der Deutschen Kolonial-Eisenbahn- und Betriebs-Gesellschaft (Kongern Lang u. Co. — A.-G. für Verkehrsweesen) gebaut wird. Ueber die nähere Ausführung der Eisenbahnbauten schreiben z. B. die Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen und dem Reichskolonialamt.

Telegraphische Handelsberichte.

Zentralbankkonferenz der Reichsbank.

* Berlin, 10. Febr. In der heutigen Sitzung des Zentralbankausschusses der Reichsbank führte Präsident Davenne nach Vorlegung des letzten Wochen-Ausweises aus, daß die Ansprüche an die Reichsbank um die Monatswende ziemlich hoch gewesen seien, aber auch seitdem die Rücklässe einen entsprechend großen Umfang angenommen haben. Der Status der Bank nähere sich daher wieder normalen Verhältnissen. Die Rücklässe hatten jedoch lediglich eine Abnahme des Notenumlaufes zur Folge, während leider etwas Gold infolge von Arbitragegeschäften nach Argentinien abgeflossen ist. Der hiesige Privatdiskont ist wie in den Nachbarländern niedrig. Die Devisen auf Amerika und Rußland zeigen aber Reigung zu steigen, daher sei Voricht nötig und es erziele daher die Herabsetzung des Diskonts um nur ein halbes Prozent nichts.

Bayerische Notenbank, München.

* München, 10. Febr. Die Bayerische Notenbank hat den Wechseldiskont auf 4 pCt. und den Lombardzinsfuß auf 5 pCt. herabgesetzt.

Sächsische Bank, Dresden.

* Dresden, 10. Febr. Die Sächsische Bank hat den Wechseldiskont auf 4 pCt. und den Lombardzinsfuß auf 5 pCt. herabgesetzt.

Diskontherabsetzung der Bank von England.

w. London, 10. Febr. Die Bank von England ermäßigte gestern ihren Diskont auf 3 Prozent.

Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft Frankfurt.

* Frankfurt a. M., 10. Febr. Eine außerordentliche Generalversammlung der Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft soll 11. Febr. 1909. Beschlüsse fassen über eine Reihe von Statutenänderungen, besonders auch über solche, die die Abschaffung der Solawechsel und deswegen erforderliche erhöhte Sicherstellung der Aktionärverpflichtungen regeln.

Verband der Wolframwerke.

* Düsseldorf, 10. Febr. Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes der Wolframwerke beschloß nach Erledigung der Regularien eine Preisermäßigung von M. 2,50 und die Herabsetzung der Auslieferungsgütung von 5 A. alles für sofortige Verkäufe auf Lieferung für das 2. Quartal. Die Beschäftigung wurde in der Versammlung allgemein als befriedigend bezeichnet. (Zittl. Ztg.)

Neues von Dividendenmärkten.

* Leipzig, 10. Febr. Der Aufsichtsrat der Baumwollspinnerei Zwitkau schloß laut „Zittl. Ztg.“ 13 pCt. (i. B. 15 Prozent) Dividende vor bei 71 802 A. (i. B. 67 288 A.) Neuvorwissen.

* Leipzig, 10. Febr. Der Aufsichtsrat der Rammarswitzer Zwickau schloß der „Zittl. Ztg.“ zufolge 18 pCt. (i. B. 15 pCt.) Dividende an zu verteilen und 81 467 A. (i. B. 49 710 A.) vorzutragen.

* Vohwinkel, 10. Febr. Der Aufsichtsrat der Gebhardt u. Co. Akt.-Ges., Seidenweberei, schloß für 1908 die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent (i. B. 10 Prozent) vor.

Subskription auf die neue bulgarische Anleihe.

* Dambrg, 10. Febr. Die Subskription auf die neue 4 1/2prozentige bulgarische Anleihe wurde der „Zittl. Ztg.“ zufolge heute hier nach der Eröffnung wegen harter Ueberzeichnung geschlossen.

Son der Kolonien.

* Berlin, 10. Febr. Der preussische Finanzminister hat einer Berliner Korrespondenz zufolge an die Vorlegenden der Einkommensteuer-Berichtskommision einen Erlaß geschickt, wonach die Einkommen für die Kolonien von der Einkommensteuer befreit sein sollen.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein.

* Berlin, 10. Febr. Die Bilanzierung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins findet lt. „Zittl. Ztg.“ am 25. d. M. statt.

Bericht der Bank von Frankreich.

* Paris, 10. Febr. Die Bank von Frankreich bewilligte dem Staatskassier einen ausserordentlichen Vorchuß von 100 Millionen Franc gegen Schatzscheine mit 5 Jahren Laufzeit. (Zittl. Ztg.)

Große Berliner Straßenbahn.

w. Berlin, 10. Febr. Die Große Berliner Straßenbahn hat in ihrer heutigen Aufsichtsratsitzung, in der der Jahres-Abschluß für 1908 zur Vorlage gelangte, beschlossen, der auf den 7. März in Aussicht genommenen Generalversammlung bei gegen das Vorjahr um 635 000 M. erhöhten Abschreibungen und Rückstellungen von 5 302 594 M. gegen 4 667 514 M. i. B. die Verteilung einer Dividende von 8 1/2 Proz. (m. i. B.) in Vorschlag zu bringen.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

vom 10. Februar.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Kg. bahntrei hier.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices. Includes sub-sections for 'Korn', 'Öl', and 'Zucker'.

Table for 'Weizenmehl' and 'Roggenmehl' with prices for different grades.

Tenden: Getreide ruhig. Mannheim, 10. Februar. Weizen 33. - M.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 10. Februar. (Offizieller Bericht.)

Keines Geschäft war heute in Aktien der Zuckerfabrik Waghausel zu 175 Proz. Sonstiges ohne besondere Veränderungen.

Kurs.

Table with columns for 'Banken', 'Briele', 'Geld', 'Transport', and 'Industrie', listing various financial instruments and their values.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des Central-Anzeigers.)

* Frankfurt a. M., 10. Febr. (Fondsbörse.) Die Stimmung der hiesigen Börse war in Anbetracht der günstigen Nachrichten, die vorliegen, fest. Der Status der Reichsbank hat die erwartete Ermäßigung des Diskonts von 4 1/2 Proz. auf 4 Proz. erbracht. Es ist erfreulich, daß trotz der Finanzlage sich die Reichsbank zu diesem Schritte entschließen konnte. Die weiteren Nachrichten des Geldmarktes mochte einen guten Eindruck und die Belebung zeigte sich auf dem Industriemarkt zur Unternehmungslust. Die weitere Nachricht von der Ermäßigung des Diskonts auf 3 Proz. der Bank von England führte zu einer Belebung des Geschäftes. Montanwerte konnten ihren Kursstand nicht wesentlich erhöhen. Von Laura konnten Verkäufe vorgenommen werden, welche zu Realisationen führte. Chemische Werte waren schwach mit Ausnahme von Gold und Silber-Scheidemittel, welche sich um 5 Prozent steigerte. Banken lagen befestigt. Deutsche Bank, sowie die Nationalbank für Deutschland schloß sich der günstigen Stimmung an. Oesterreichische Wahlen fest, deutsche Wahlen behauptet, Baltimore fest, Schiffsaktien fest. Fonds ruhig, aber fest. Russen und Japaner leicht, Lufkenlose teig, deutsche Anleihen behauptet.

Im weiteren Verlaufe zeigte sich Realisationslust und machte sich dann eine leichte Abschwächung bemerkbar. Die Nachbörse war ruhig. Es notierten: Kredit 212,70, Diskont 196,60, 40, Dresdener 166, 165,80, Staatsbahn 161,30, Lombarden 23, Baltimore 114,40, Handelsgesellschaft 180,25, Rhön-Zinnbergbau 221,60, 220,76.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for Reichsbankdiskont 4 Prozent, Schlusssatz, Wechsel, and various exchange rates for London, Paris, and other locations.

Table titled 'Eisenbahnaktien, A. Deutsche' listing various railway stocks such as 4% Reichsbank, 3% Norddeutsche, etc., with their respective prices.

Table titled 'Aktien industrieller Unternehmungen' listing industrial stocks like Bad. Anilin, Bad. Maschinenbau, etc., with their prices.

Table titled 'Bergwerksaktien' listing mining stocks like Bochumer Bergbau, Freiberg, etc., with their prices.

Table titled 'Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten' listing transport stocks like Sächs. Chem. Fab., Hannoversche, etc., with their prices.

Table titled 'Bank- und Versicherungs-Aktien' listing bank and insurance stocks like Sächsische Bank, Reichsbank, etc., with their prices.

Table titled 'Bank- und Versicherungs-Aktien' (continued) listing more bank and insurance stocks like Dresdener Bank, etc., with their prices.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeiger.) Berlin, 10. Febr. (Börsenbörse.) Die Diskontherabsetzung der Reichsbank hat die vertrauensvolle Stimmung der Börsenkreise zu der weiter günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse geführt. Infolge dieser Tatsache sowie unter Mitwirkung der Festigkeit der Auslandsbörsen, namentlich New Yorks, konnten die Kurse sich weiter bessern. Von Rentenwerten wiesen Deutsch-Luxemburger und Pfälzisch mehr als 1prozentige Steigerungen auf; dagegen waren Oberschlesischer Eisenbahn schlecht behauptet, weil die gestrige starke Erhöhung Material am den Markt gebracht hatte. Harpener liegen eine Kleinigkeit noch wegen der Nichtbestätigung der englischen Zeitungsmitteilungen von ungewöhnlich großen deutschen Kohlenverkäufen nach Frankreich. Elektrizitäts-Aktien setzten auf abwärts gerichtete Meinungsäußerungen unter Bevorzugung von Allgemeinen Elektrizitäts- und Siemens-Gesellschaft Aktien höher ein. Auf dem Rentenmarkt haben sich die Kurse bis zu 1/2 Prozent von Werten wurden Amerikaner lebhafter zu steigenden Kursen umgesetzt. Pennsylvania gewannen mehr als 1 1/2 Prozent. Oesterreichische Werte zogen auf die Festigkeit Wien hin an. Schiffahrtsaktien setzten ihre Aufwärtsbewegung unter Führung von Hamburger Packetfahrt fort. Bonds waren bei ermäßigten Umsätzen durchaus aufgehoben. Japaner und Türkenlose waren gefragt. Das Geschäft lenkte nach Befriedigung der anfangs hervorgetretenen Kauflust wieder in sehr ruhige Bahnen ein, ohne daß jedoch die feste Stimmung dadurch beeinträchtigt wurde. Hervorzuheben sind die fortgesetzten Erholungen von Laurahütte, deren Kurs um mehr als 1 Prozent die gestrigen Schlussnotierungen überholte. Das Bekanntwerden der Londoner Bankdiskontermäßigung auf 3 Prozent war später von weiterem günstigen Einfluß. Geld 2 Prozent und darunter. Die Stimmung ermattete schließlich, da zu den erhöhten Kursen Bars an den Markt kam und aus London schwächere Kurse für amerikanische Werte gemeldet wurden. Laurahütte-Aktien verloren mehr als die anfänglichen Verbesserungen.

Table titled 'Berlin, 10. Febr. (Anfangskurse)' listing various stocks like Kreditaktien, Diskont-Kommandit, etc., with their prices.

Table titled 'Berlin, 10. Febr. (Schlusskurse)' listing various stocks like Wechsel London, Wechsel Paris, etc., with their closing prices.

Table titled 'W. Berlin, 10. Febr. (Telegr.)' listing stocks like Kredit-Aktien, Diskont-Komm., etc., with their telegraphic prices.

Londoner Effektenbörse.

Table titled 'London, 10. Febr. (Telegr.)' listing various stocks like Consols, 2 1/2% Reichsanleihe, etc., with their prices.

Wiener Börse.

Table titled 'Wien, 10. Febr. Vorm. 10 Uhr' listing various stocks like Kreditaktien, Oesterreich-Ungarn, etc., with their prices.

Pariser Börse.

Table titled 'Paris, 10. Febr. (Anfangskurse)' listing various stocks like 3% Rente, 5% Rente, etc., with their prices.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 10. Febr. (Produktenbörse.) Das Geschäft am Getreidemarkt entbehrte auch heute wieder großer Lebhaftigkeit. Die Abschwächungen an den amerikanischen Börsen, den sich auch Ungarn und England angeschlossen hatten, führten zu Rückgängen der Weizenpreise, zumal die argentinischen Forderungen ermäßigt waren. Für Roggen zeigte sich einige Exportnachfrage, jedoch war der Grundton auf erneutes Angebot vom Inland (Schwäb. Futterartikel) lagen behauptet. Mühl- u. Wetter: Schnee.

Table titled 'Berlin, 10. Febr. (Telegramm) (Produktenbörse)' listing various commodities like Weizen per Mai, Roggen per Mai, etc., with their prices.

Budapester Produktenbörse.

Table titled 'Budapest, 10. Febr. Getreidemarkt. (Telegramm)' listing various commodities like Weizen per April, Roggen per April, etc., with their prices.

Liverpooler Börse.

Table titled 'Liverpool, 10. Febr. (Anfangskurse)' listing various commodities like Weizen per März, Mais per März, etc., with their prices.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1687 10. Februar 1910. Provisionsfrei!

Table listing various companies and their products, including 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt' and 'A.-G. für Mühlenbetrieb, Neustadt a. d. S.', with their respective details.

Geschäftliches.

* Wer seine Gesundheit zu schätzen weiß, der nehme statt Bobenkaffee Seelig's kandierte Korn-Kaffee. Dieses Kaffee-Erfrischungsmittel gibt ein nährstoffreiches Getränk von aromatischem Geschmack und wird von Dr. Lehmann, Sanatorium 'Weißer Hirsch' bei Dresden, und anderen hervorragenden Ärzten seit Jahren verwendet und angelegentlich empfohlen. Der Preis ist nur 20 Pfennig per Halbpfund, ausreichend für 30 bis 35 Tassen. Angesichts der durch den neuen Hüll bedeutend erhöhten Kaffee-Preise sollte keine Hausfrau es unterlassen, Seelig's kandierte Kornkaffee einmal zu versuchen. Proben und Niederlagenverzeichnisse erhält man von den Fabrikanten: Emil Seelig & Co. in Heilbrunn a. Neckar gratis.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Fritz Goldschmidt; für Druck und Vertheilung: Julius Witt; für Verkauf, Prospektvertheilung und Geschäftsleitung: Richard Schönefelder; für Volksvertheilung und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher; für den Anzeigenteil und Geschäftsleitung: Fritz Jock; Druck und Verlag der Dr. Gustav Fischer'schen Buchhandlung, W. m. B. & Co. Director: Ernst Müller.

Ernennungen, Versetzungen, Zurufesetzungen etc.

Der etatmäßigen Beamten der Gehaltsklassen II bis K sowie Ernennungen, Versetzungen etc. von nichtetatmäßigen Beamten aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Staatsbahnenverwaltung.

Ernannt: zum Oberbahnmeister: Bahnmeister Karl Grealich in Mannheim. — Etatmäßig angestellt: Maschinist Wilhelm Dreher in Mannheim; als Kanzleihilfsmittel: Schreibgehilfe Rud. Hill in Karlsruhe; als Kanzleidiener: Bureaudiener Michael Welger in Karlsruhe; die Lokomotivbeizer: Anton Beron in Konstanz, Georg Bantle in Heidelberg, Georg Bender in Heidelberg, Adolf Rehler in Freiburg; als Verkaufsführer: Werkstättenarbeiter Hermann Benzweil von Eitingen; als Schirrmann: Bahnhofsarbeiter Joseph Karentopf von Muden. — Vertragmäßig aufgenommen: als Lokomotivbeizer: Hermann Müller von Waldkirch, Wilhelm Damann von Kürnbach, Karl Engelhardt von Hall, Anton Schweizer von Hardheim, Andreas Stumpf von Geroltsheim, Ferdinand Römer von Werbachhausen, Friedrich Laubler von Bühligen, Emil Niedinger von Philippsburg, Hermann Höfler von Mannheim, Albert Angenstein von Amendingen, Hermann Schlotterbeck von Konstanz, Wilhelm Säuberlich von Auerbach, Franz Giesele von Nordweil, Stephan Stauffert von Lauda, Eduard Wolf von Gengenbach, Eduard Vogenshäh von Oetigheim, Julius Zimmermann von Lannheim, Bruno Schuler von Unterkirnach, Gustav Ribstein von Menzingen, Hch. Ernst von Karlsruhe, Ludwig Hidel von Lauda, Stephan Hemm von Kirchheim b. W., Martin Hauswirth von Graben, Leo Frank von Hochhausen, Wilhelm Schuhr von Breiten, Karl Hammerhmitt von Oberlauda, Felix Mai von Felsendach, Karl Weierle von Heidelberg, Gustav Walter von Karlsruhe, Franz Janker von Hofweier, Wilhelm Wiederhold von Mannheim, Georg Hammerhmitt von Lauda, Gottfried Wehmer von Belschingen, Hermann Brand von Unterschwarzach, Joseph Klust von Bilingen, Ludwig Winter von Fachsenbach, Joseph Kuel von Trochbrenn, Adolf Fritz von Gebweiler (Elsch), Karl Moar von Heidelberg, Johann Weber von Lauda, Hermann Kühn von Offenburg; als Bahn- und Weichenwärter: August Gehrig von Hergenstatt, Karl Lehner von Untergrumbach, Martin Jelos von Haag; als Wagenführer: Karl Puy von Berolzheim, Wilhelm Dösch von Brechen. — Zurufesetzt: Schirrmann Lorenz Eder in Lauda, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, Weichenwärter Franz Kover Seiler in Karlsruhe, auf Ansuchen, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: Schutzmann Heinrich Kierstetter bei Großh. Bezirksamt Mannheim zum Kanzleidiener bei der Staatsanwaltschaft Mannheim. — Zugewiesen: Akuar Karl Diehm beim Großh. Amtsgericht Staufen dem Notariat Griesen. — Beamteneigenschaft verlieren: der Hilfsaufseherin Antonie Sahn bei der Weiberstrafanstalt Bruchsal unter Ernennung zur nichtetatmäßigen Aufseherin, dem Diener am hygienischen Institut der Universität Heidelberg, Joseph Graf. — Versetzt: Akuar Heinrich Kubler beim Notariat Griesen zwecks Uebertritts in den Gemeindebedienst.

Aus dem Bereich des Großh. Ministeriums des Innern.

Zugewiesen: Revisionsgehilfe Willi Herold in Wahl dem Bezirksamt Oberkirch, Revisionsgehilfe Joseph Ruf in Reustadt dem Bezirksamt Schopfheim. — Versetzt: Schutzmann Philipp Dien von Mannheim nach Heidelberg. — Entlassen: Schutzmann Franz Hilbel in Mannheim (auf Ansuchen), Schutzmann Wilhelm Schröder in Mannheim.

Uebertragen: dem Kanzleigehilfen, Akuar Karl Hamm in Wahl eine Akuarstelle beim Bezirksamt Bilingen. — Etatmäßig: Schutzmann Georg Guderl und Schutzmann Wilhelm Armbruster in Karlsruhe. — Gehaltsmäßig: dem Schutzmann Wilhelm Proja in Freiburg. — Zurufesetzt: Schutzmann Daniel Luchardt in Karlsruhe.

Großh. Verwaltungshof.

Die Beamteneigenschaft verlieren: dem Wärter: Leonhard Fischer bei der Heil- und Pflanzanstalt Alzenau; den Wärterinnen Marie Gruber und Emilie Wäber bei der Heil- und Pflanzanstalt bei Emmendingen, Veronika Heil und Frida Kreis bei der Heil- und Pflanzanstalt bei Wiesloch, Margarete Bauer, Margarete Knorr, Maria Eva Moritz, Rosa Müller, Anna Dehner und Juliana Weimann, sämtliche bei der Heil- und Pflanzanstalt bei Wiesloch.

Oberdirektion des Wasser- und Straßenwesens.

Die Beamteneigenschaft verlieren: den Geometerkandidaten: Wilhelm Breithaupt in Lörzach, Valentin Gerner in Karlsruhe, Emil Hafner in Reustadt und Karl Maier in Lörzach-Stetten. — Entlassen: die Landstrassenwärter Joseph Huber in Ewingen (wegen Kränklichkeit) und Joseph Maier in Geisingen (wegen Kränklichkeit). — Gestorben: der Kulturmeister Laver Hünner in Offenburg am 9. Jan. 1910.

Großh. Gendarmeriekorps.

Befördert: Christian Kohn, Rigowachmeister in Donauersingen zum Wachtmeister. — Zu provisorischen Gendarmen ernannt: die Sergeanten: Alois Vogt, Adam Kleinhärd und Karl Haas, vom 1. Bad. Leib-Gren.-Regt. Nr. 109, Adolf Walter, vom Inf.-Regt. „Karlgraf Ludwig Wilhelm“ (3. Bad.) Nr. 111, Adolf Kuntz und Max Emil Hud, vom 7. Bad. Inf.-Regt. Nr. 113, Karl Friedrich Bercher, Friedrich Balthasar Wehrle und Otto Stritt, vom 6. Bad. Inf.-Regt. „Kaiser Friedrich III.“ Nr. 114, Franz Karl Stang und Theodor Fritz, vom 7. Bad. Inf.-Regt. Nr. 142, Christoph Herrmann, Wilhelm Schmitt, Gottlieb

Gustav Höb und Oskar Bede, vom Bad. Inf.-Regt. Nr. 14, Karl Gust, Andreas Bader und Adolf Schoder, vom Feldart.-Regt. „Großherzog“ (1. Bad.) Nr. 14, Albert Ludwig Wolf, vom 2. Bad. Feldart.-Regt. Nr. 20, Johann Adolf Bede, vom 3. Bad. Feldart.-Regt. Nr. 10, Hermann Hoff, vom 5. Bad. Feldart.-Regt. Nr. 76, sowie Robert Hafner, vom Bad. Pionier-Bat. Nr. 14. — Versetzt: die Gendarmen: Adolf Gerspacher, von Deggenhausen nach Bilingen, Dionys Ferrer von Karlsruhe nach Emmendingen, Otto Grab von Daxlanden nach Knielingen, Josef Stachel von Karlsruhe nach Knielingen, Sebastian Burtsche von Heidenheim nach Heddesheim, Friedrich Kuhn von Heidenheim nach Heddesheim, Paul Wibe von Eppingen nach Weimen, Albert Siegrist von Oberrhein nach Aglasterhausen. — In den Ruhestand versetzt: Otto Weidner, Wachtmeister in Waldsloh, August Kaiser, Gendarm in Daxlanden.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen, Zoll- und Steuerverwaltung.

Ernannt: der Gendarm Adolf Viehler in Unterwittighausen zum Steueranfänger in Breisach. — Versetzt: die Finanzassistenten: Karl Battenmüller in Säckingen nach Birsbrunn, Heinrich Haug in Breisach nach Konstanz, Artur Kuhn in Breisach nach Mannheim, Leopold Walther in Breisach nach Säckingen. — Uebertragen: dem Finanzassistenten Karl Luppberger in Radolfzell eine Gehilfenstelle beim Steuerkommissariat Mersbach. — Etatmäßig angestellt: Grenzassistent Wilhelm Schneider in Unterbilingen. — Auf Ansuchen entlassen: Untererheber Andreas Stark in Peterstal. — Gestorben: Polizeimeister Ferdinand Sauer in Jöhren, Untererheber Johann Baumann in Bammental.

Personalnachrichten aus dem Bereiche des Schulwesens.

a. Befördert bzw. ernannt: Alfred Herzog, Unterlehrer in Mannheim, wird Hauptlehrer daselbst; Johanna Stehberger, Unterlehrerin in Mannheim, als Hauptlehrerin daselbst; Friedrich Kirchner, Unterlehrer und provisorischer Pflanzwart an Reitungsanstalt für tüchtig verwaarloste Kinder Marienhof in Hünningen, erhält die Rechte eines Volksschullehrers. — b. Versetzt: Ehe Allgaier, Hilfslehrerin in Seelbach, A. Lahr, wird Unterlehrerin daselbst (nicht nach Zentern); Fridor Antenbrant, Schullehrer, als Hilfslehrer nach Friedlingen, A. Ueberlingen; Karl Boier, Unterlehrer in Sulzfeld, als Hilfslehrer nach Milben, A. Eberbach; August Baust, als Hilfslehrer nach Weigelsbühl, Amt Kohl; Alois Vintert, Hilfslehrer in Villafingen, A. Ueberlingen wird Schulverwalter daselbst; Wally Vögeline, Hilfslehrerin in Zundweier, A. Offenburg, wird Unterlehrerin daselbst; Anna Heimbucher, Schullehrerin, als Unterlehrerin nach Hügelsheim (A. Rastatt); Maria Höfler, Schullehrerin, als Hilfslehrerin nach Bermatingen, A. Ueberlingen; Albert Karrer, Unterlehrer, von Remlingen nach Weigelsbühl, A. Wollach; Adolf Klump, Unterlehrer, von Zundweier nach Zentern, A. Bruchsal; Sofie Lang, Unterlehrerin in Seebach, als Hilfslehrerin nach Kollnau, A. Waldkirch; Mathilde von Langsdorf, Hilfslehrerin in Konstanz, als Unterlehrerin nach Sulzfeld, A. Eppingen; Olga Weiber, Unterlehrerin, von Niederbühl nach Rastatt; Emma Mannwald, Schullehrerin, als Unterlehrerin nach Waldhof, A. Wiesloch; Hermann Dehner, Realgymnasialkandidat, zu Stellvertretung an Höhere Mädchenschule Baden; Maria Seig, Unterlehrerin, von Hügelsheim nach Niederbühl, A. Rastatt; Eduard Stadert, Unterlehrer, von Belschenstein nach Neubausen, A. Bilingen; Franziska Trebes, Schullehrerin, als Hilfslehrerin nach Muggensturm, A. Rastatt; Philipp Wörle, Unterlehrer in Waldhof, als Hilfslehrer nach Singen, A. Konstanz; Anastasia Wähler, Hilfslehrerin, von Seebach, A. Kchern, nach Lautenbach, A. Oberkirch; Marie Wämmel, Hilfslehrerin in Freiburg, wird Unterlehrerin daselbst; Rudolf Dattenhöfer, Hilfslehrer in Freiburg, wird Unterlehrer daselbst; Hilba Gauer als Unterlehrerin nach Sundheim, A. Kohl; Margarete Na, Hilfslehrerin, von Breiten nach Lundenbach, A. Weinheim; Clara Korb, Schullehrerin, als Unterlehrerin nach Dingelsdorf, A. Weinstan; Anton Paier, Unterlehrer, von Wiesloch nach Müdenloch, A. Heidelberg; Erwin Wegner, Unterlehrer, von Karlsruhe nach Königswach, A. Durlach; Marie Kowol, Schullehrerin, als Hilfslehrerin nach Freiburg; Marie Roth, Unterlehrerin, von Zentern nach Bilingen, A. Stodach; Friedrich Taylor, als Hilfslehrer nach Waldkirch; Margarete Thienhaus, Schullehrerin, als Hilfslehrerin nach Denzlingen, A. Emmendingen; Marie Vogel, Schullehrerin, als Hilfslehrerin nach Freiburg; Marie Weidner, Hilfslehrerin in Glanzweier, A. Offenburg, wird Unterlehrerin daselbst; Rosa Wäzner, Schullehrerin, als Unterlehrerin nach Wiesloch. — c. In den Ruhestand tritt: Philipp Bernauer, Hauptlehrer in Adelsheim. — d. Aus dem Schuldienst tritt aus: Mathilde Heirich, Unterlehrerin in Schoofheim; Marie Lehmann, Unterlehrerin an Höherer Mädchenschule Birsbrunn.

Verbandsnachrichten.

* Feuerwehrgesellschaft Mannheim. Am vergangenen Freitag, den 28. Januar, hielt der Feuerwehrgesellschaft im Lokal, Erprinzen, O 5, 1, seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der zweite Vorsitzende Kamerad H. Schall die Anwesenden. Schriftführer Kamerad Phil. Krieger verlas die Protokolle. Kassier Kamerad Carl Wolf II. erhaltete Bericht über die Kassenverhältnisse, die als gute zu verzeichnen sind und Kamerad Wils. Gnaul gab den Besuch der Singsunden bekannt. Kamerad H. Oberl berichtete über die Revision. Hierauf wurde von der Generalversammlung dem Vorstand Entloftung erteilt. Da der 1. Vorsitzende Kamerad H. Keller, sowie der 2. Vorsitzende Kamerad H. Scholl eine Wiederwahl ablehnten, so wurden gewählt als 1. Vorsitzender Hauptmann A. Wispigmann und als 2. Vorsitzender Kamerad B. Ritter. Zum Kassier Kamerad A. Wolf und zum Schriftführer Kamerad Ph. Krieger. Ferner wurden

gewählt, zu Beisitzern Kamerad Wiese und Kamerad A. Solbner, zum Lokonom W. Gnaul und zu Vertretern der Passivität die Kameraden H. Weide und L. Wohlgenuth. Zum Fahnenträger wurde ernannt Kamerad K. Solbner und dessen Begleitern die Kameraden Wils. Gnaul und H. Wolf. Als Rechnungsrevisoren wurden gewählt die Kameraden H. Oberl und J. Herter. Nachdem Kamerad H. Oberl noch einen vorläufigen Appell an die Kameraden gerichtet hatte, inbezug auf den Besuch der Singsunden, schloß der 1. Vorsitzende, Hauptmann A. Wispigmann die Generalversammlung um 12 Uhr.

* Der Veteranen-Verein hielt am Samstag, den 15. Jan. ds. Jrs. in seinem Vereinslokal P 4, 12 (Stolzenfels) seine gutbesuchte ordentliche Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Joh. Kopf, gedachte in seiner Begrüßungsansprache unserer drei verstorbenen Kameraden: Albert Moritz (früher 2. Vorsitzender), Joh. Rändel und Joh. Schumann. Zum ehrenden Andenken an die Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen. Der Geschäftsbericht, von Schriftführer Kamerad Rippert erstattet, weist eine Mitgliederzahl von 171 nach. Die Kassenverhältnisse, über die Kassier Kamerad Theob. Herrmann Aufschluß gab, können als sehr gut bezeichnet werden. Ein Antrag des Vorstandes, die Vorstandszahl von 11 auf 13 Mitglieder zu erhöhen, wurde ohne Debatte angenommen. Die Remoahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kamerad Joh. Kopf einstimmig per Akklamation wiedergewählt. Als Kassier Kam. Herrmann und als 2. Schriftführer Kamerad Max Merkur, als Verwaltungsratsmitglieder die Kameraden Karl Ködel, Vinzenz Hug, Heinrich Gräf, Aug. Weigel, Leonhard Rothmann und Hch. Loh. In Revision wurden die Kameraden Bagemann, Becker und Hoffmann gewählt. Mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf den Protektor, Großherzog Friedrich II. wurde die Versammlung geschlossen.

* Die Gesellschaft „Elysium“ versammelte seine Herren und Damen am 29. v. M. im Saale der früheren Kaiserhütte zum Maskenballe. Trotz des Floramaskenballes und zahlreicher sonstiger Veranstaltungen konnte „Elysium“ mit Freudenbeit auf seine jährlich erziehende Karrenfahrt blicken. Sehr schöne Masken, besonders „Maskenpaare“, waren vorhanden und schon vor der Anblid der Polonaise.

* Turnverein Badenia Heidelberg. Bei dem Gaurtag des Bergstr. Beschnitturngusses, welcher am Sonntag in Heppenheim a. B. tagte, wurde u. a. einstimmig beschlossen, den Namen dieses Turngusses dahin zu ändern, daß der Gau von jetzt ab Bergstr. - K. a. r. t. u. r. n. g. a. u. heißen soll. Da sich mit dem Laufe der Jahre ziemlich Vereine, welche am Nedar gelegen sind, angeschlossen haben. Als 1. Gauvertreter wurde einstimmig Herr Hauptlehrer Winter-Hebdesheim wiedergewählt. Als 1. Gaurtagort wurde Herr J. Gutschick-Hebdesheim gewählt.

* Kranienthal, 2. Febr. Am Samstag abend fand in der Turnhalle die von den militärischen Vereinen veranstaltete Kaiser-Geburtsstagsfeier statt. Dabei hielt nach dem Toast auf den Landesherrn und auf den Kaiser Herr Kommerzienrat Klein folgende Rede auf Meer und Flotte: Meine Herren! Man hat uns Deutschen zum Tadel nach, daß wir uns zu sehr im Innern befinden, daß wir zu rechtshaberisch seien und jeder sein eigenes politisches Programm haben möchte. Es liegt hierin viel Wahres, man sieht dies auch ein und es sind gegenwärtig Verhandlungen zum Zusammenschluß von vertriebenen Parteien im Gange. Aber trotz aller Meinungsverschiedenheiten sind wir doch alle in einem Gedanken einig, nämlich in der Hochhaltung unserer Wehrkraft. — Unsere Armee und unsere Marine sind Erziehungsanstalten für unsere jungen Männer, so daß diese Institutionen in irgend einer Form eingeführt werden müßten, wenn sie nicht schon beständen. Wie mancher junge Bauerjohi wird aufgeweckt und gelentig gemacht, wie mancher Student wird aus Frühlingsferien und an die Kräftigung seiner Muskeln gewöhnt. Die Armee hat uns das Deutsche Reich gebracht mit einem Kaiser an der Spitze. Wie viel hätten unsere Vorfahren darum gegeben, ein Fest wie das heutige feiern zu können. Die Armee hat uns auch einen das Jährigen Frieden gesichert. Man denke nur an die Gefahr der Schnäbele-Märe zur Zeit Boulangers, wo die Franzosen wieder mit uns anzuhäufeln suchten. Im vorigen Frühjahr glaubten die Engländer uns einfallen zu können. Da ging durch unsere Reihen der Ruf: Räbet euch! und alsbald zogen sich Franzosen, Russen, Türken, Polnier, Serbier und Montenagriner mit samt den Engländern zurück. Man mußte, daß wir Millionen von Streichern vollbewaffnet ins Feld stellen können. Unsere Marine sucht es unserer Armee an Tüchtigkeit gleich zu tun. Wir haben jetzt eine Anzahl erstklassiger Schiffe und sind im Stande auf eigenen Werften ebensoviel Dreadnoughts auf die Wellings zu legen, als die Engländer. Diese Schiffe werden aus deutschem Material hergestellt und durch deutsche Ingenieure und deutsche Werkmeister und Arbeiter gebaut. — Meine Herren! Die deutsche Flotte soll nicht einem Angriffe dienen, sondern sie soll unseren Handel schützen und unsere weiten Küsten verteidigen. Wir alle wollen in Deutschland den Frieden. Besonders wir hier am Rhein und vornehmlich wir in unserer schönen Pfalz haben in mehr als tausendjähriger Geschichte die Leiden und Schicksale des Krieges in zahlreichen Wiederholungen kennen gelernt. Den Frieden können und aber nur eine starke Armee und eine leistungsfähige Kriegsmarine erhalten. Darum müssen wir fortfahren in der Einigkeit der Hochhaltung unserer Wehrkraft und ich bitte Sie, mit mir einstimmig in den Ruf: Unsere glorreiche Armee und unsere tapfere Marine, sie leben hoch!

Hand-Kalligraph Gander's Montag, 14. Febr. Herren und Damen erhalten in kurzer Zeit eine schöne Handschrift. C. F. Gander, Mannheim, C 1, 8, am Paradepl.

C. Fesemeyer, P 1, 3, BreitstraÙe. Jedes Brautpaar erhält eine geschultete Schwarzwälder Uhr gratis.

Dresdner Bank Filiale in MANNHEIM, P 2, 12, Planken. Aktienkapital und Reserven Mark 232 000 000. Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten. Wechsel-Formulare zu haben in der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei.

Zu verkaufen: Reichsadressbücher Adressbücher Handbuch für das deutsche Reich. Näh. L 15, 4, part.

Heirat Suche für m. Verwandte, ev., 30 J., hübsche, jugendl., steril, Frch., aus gut. Fam., m. schön. Ausst., spät. Verm., Bekanntschaft, m. geb. Herrn in sich. Post. zwecks Detail. Derrn entspr. Alters belieben sich vertrauensvoll zu meld., unt. Nr. 15103 an die Exped. dieses Blattes.

Liebenschaften Geschäftshaus in der Marktstraße zu Leisfelden, beste Geschäftslage, wird seit 30 Jahren ein Weiskarren-, Waähe- und Robegeschäft mit best. Erfolg betrieben, ist per 1. Oktober zu vermieten, eventl. unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Auch für jedes andere Geschäft geeignet. Liegenschafter Philipp Gräfer, Leisfelden, Marktstraße 4a. 15100

Lehrlingsgesuche. Lehrling mit guter Schulbildung für Groß-Geschäft gegen Vergütung für Oben oder Unter sucht. Offerten unter Nr. 15104 an die Exped. dieses Blattes.

